

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 30 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonellzeile oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonellzeile 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Orgesch mit der Waffe in der Hand.

Berlin, 27. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Vorwärts meldet aus Halle: Vor einigen Tagen wurde hier in einer Hausflur eine Astenwaffe gefunden, die der Besitzer, der Geschäftsführer Beck des Landbundes in Halle, verloren hatte. In der Waffe befand sich außerordentlich wichtiges Material über die Geheimorganisation der Orgesch und des Landbundes, darunter auch der Wortlaut einer Rede des Forstrates Escherich, in der er versichert, daß die Orgesch ihre Ziele mit der Waffe in der Hand verfolgen werde, solange dies notwendig sei. Sämtliche Landwirte der Umgegend und sogar Kaninchenzüchtervereine, auch das Landökonomische Kollegium sind der Orgesch angeschlossen. In dem Material befand sich auch die Mitteilung des Geschäftsführers Beck an eine Versammlung, daß er binnen kurzem Material gegen den Oberpräsidenten veröffentlichen werde, daß zu seinem Sturze vollkommen hinreichend sei. Wir haben uns an das Oberpräsidium gewendet, um Einzelheiten über das Material zu erhalten. Merkwürdigerweise verweigert aber das Oberpräsidium jede Auskunft über den Fund.

## Smeral über Programm und Taktik der tschechischen Linkssozialisten.

Berlin, 27. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit meldet aus Prag: Sonntagnachmittag referierte Smeral über das Programm und die Taktik der Partei. Er erklärte, daß er den Standpunkt der marxistischen Linken vertritt und daß sich die Linke ihrer Verantwortung vollständig bewußt sei, gegebenenfalls die Führung des tschechischen Proletariats zu übernehmen. Ein definitives Programm könne heute noch nicht vorgelegt werden. Damit werde sich ein außerordentlicher Parteitag befassen müssen. Einstweilen werde nur ein Aktionsprogramm vorgelegt. (Dieses Programm ist gleichzeitig für die Reichsberger Richtung der deutschen Sozialisten bestimmt).

Wir leben, so führte Smeral aus, in einer wirtschaftlichen und revolutionären Epoche. Das muß die Taktik der Arbeiterklasse bestimmen. Man hat Angst, daß wir die staatliche Selbstständigkeit der Nation nicht fordern. Die Zeit drängt zu großen wirtschaftlichen Schritten. Das Interesse der kleinen Staaten erfordert einen baldigen Sieg des revolutionären Sozialismus und die Schaffung der Vereinigung sozialistischer Staaten von Europa. Der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts habe bis zum 28. Oktober 1918 für uns gesprochen. Jetzt spreche er gegen uns. Wenn der Staat erhalten werden sollte, dann werde ihn nicht die nationale Idee erhalten, sondern ihre Überwindung.

Wir wollen unsere Revolution in unserm Lande mit unseren eigenen Mitteln und Methoden machen, nicht mit russischen Methoden, sondern mit tschechischen, und nicht allein selbständig, sondern in Verbindung mit der sozialen Revolution in ganz Mitteleuropa. Die russische Taktik hat eine kleine entschlossene Partei geschaffen mit revolutionärem Durchschlag, die kommunistische Partei. Wir haben keine selbständige kommunistische Partei gegründet, wir werden aus der sozialistischen entstehen.

Nebner besprach die konkreten Aufgaben des neu zu wählenden Volksrates, der auch internationale Beziehungen aufknüpfen müsse mit Berlin, Wien, Rom, Budapest und allen anderen proletarischen Parteien. Das habe der alte Parteitag ganz verkannt. Wir müssen das Mißtrauen vor den Arbeitern der anderen Nationen abbauen und besonders mit der deutschen Arbeiterklasse eng zusammen für eine einheitliche Aktion der gesamten Arbeiterklasse wirken. In der Republik tut eine einheitliche Partei des Proletariats aller Länder in diesen Tagen not. Die tschechische Partei muß, da sie für den Gedanken einer Einigung mit der internationalen Kampffront noch nicht reif ist, dazu erzogen werden.

## Die tschecho-slowakische Sozialdemokratie gegen bolschewistische Umtriebe.

Prag, 26. September. Der Kongreß der tschecho-slowakischen sozialdemokratischen Partei nahm eine Resolution an, in der es heißt: Möge sich die sozialdemokratische Linke wie immer einschließen, wir erklären uns gegen alle russisch-bolschewistischen Methoden. Ebenso lehnen wir die Einmischung der magyarischen Regierung des weißen Terrors in unsere Verhältnisse ab. Unsere Richtschnur bleibt: Alles für die Republik und den Sozialismus.

## Beratungen über russisch-amerikanische Handelsbeziehungen.

London, 27. September. Wie das Reutersche Bureau meldet, ist der Finanzmann Wanderlip als Vertreter amerikanischer Handelsinteressen in Moskau einetroffen, wo er mit dem Wirtschaftsrat der Sowjet-Regierung über Handelsbeziehungen berate. Eine Anzahl von Vertretern der amerikanischen Sendebriefe habe unlängst mit Krassin dieselbe Frage besprochen. Ein neues englisches Angebot, um den Handel mit Rußland wieder aufzunehmen, das von Gruppen ausgeht, die ein Kapital von mehreren Millionen Pfund vertreten, befindet sich, wie verlautet, in Beratung.

## Der Nachfolger Kamenev in London.

London, 26. September. Nach einer Reutersmeldung ist Fedor Krasnow, der Nachfolger Kamenev in der russischen Handelsabordnung, in London angekommen.

## Aufnahme in den Völkerbund?

Berlin, 27. Sept. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Basel: Aus London wird berichtet: Der Botschafter der Vereinigten Staaten in London, Davis, erklärte in einer Unterredung mit dem Vertreter der New York Times, daß Oesterreich, Ungarn und Deutschland in nächster Zeit in den Völkerbund aufgenommen werden.

## Der Völkerbund zum neuen polnisch-litauischen Konflikt.

Paris, 27. September. Wie die Agence Havas meldet, hat Leon Bourgeois als Präsident des Völkerbunds ein Telegramm an die polnische Regierung gerichtet, in dem er die Ueberraschung darüber ausdrückt, daß die Polen Litauen ein Ultimatum gestellt haben. Er bittet die Polen eindringlich, Litauen die notwendige Zeit zu lassen, damit sie die in der Entscheidung des Völkerbundes vorgesehenen Bedingungen erfüllen können. Gleichzeitig hat er an die litauische Regierung ein Telegramm gerichtet, in dem er davon Mitteilung macht, daß Polen aufgefordert worden sei, Litauen die notwendige Zeit zu lassen. Er bittet aber dann Litauen dringend, ohne Verzug bei den Sowjets durchzusehen, daß die Maßnahmen zur vollkommenen Räumung sichergestellt werden.

## Neue Verhandlungen zwischen Polen und Litauen?

Wina, 27. September. Auf eine Note des polnischen Ministers des Auswärtigen, Sapieha, an das litauische Ministerium des Auswärtigen, durch die er eine neue Konferenz zwischen Litauen und Polen in Suwalki am 29. September einberufen will, hat sich das litauische Ministerium des Auswärtigen bereit erklärt, einen Abgedordneten nach Suwalki zu senden.

## Entente-Hilfe für Wrangel.

Rotterdam, 27. September. Wie der Daily Express aus Konstantinopel meldet, kommen die türkischen Munitionsfabriken, die die Deutschen während des Krieges organisiert haben und die damals die gesamten türkischen Heere versorgten, jetzt unter französische Kontrolle, um das Heer Wrangels mit Munition zu versorgen.

Selingsfors, 27. September. (L.) Nach Jostovitsa hat die alliierte Flotte Konstantinopel verlassen und sich nach dem Kiosischen Meer gegeben, um die Wladade gegen Anhang zu erschaffen. Das Küstengebiet befindet sich in den Händen der Bolschewisten.

## Polnischer Protest wegen der übergetretenen Russen.

Nach einer Havas-Meldung aus Warschau hat der Minister des Auswärtigen den polnischen Botschafter in Berlin beauftragt, energisch gegen die Haltung der deutschen Behörden zu protestieren, da diese den bolschewistischen Wänden in Ostpreußen alle Handlungsfreiheit und die Möglichkeit lassen, sich an der Nordostgrenze zu sammeln. Wie wir bereits mitgeteilt haben, unterstützen die polnischen Behauptungen nicht den Tatsachen. Die übergetretenen russischen Truppen sind fast reiflos nach dem Innern Deutschlands abtransportiert worden und haben demnach keine Möglichkeit zur Bildung „bolschewistischer Wände“ an der Grenze.

## Giolitti über den Kampf der italienischen Arbeiter.

Im italienischen Senat sagte bei Behandlung der Internationalen über die Metallarbeiterbewegung Ministerpräsident Giolitti, jeder Staatsmann müsse sich die Tatsache vor Augen halten, daß die ganze Welt vor einer wirklichen sozialen Umwälzung stehe. Das Emporkommen des vierten Standes habe sich in den letzten Jahren des vergangenen Jahrhunderts bemerkbar zu machen begonnen, und die Veruche, seinen Lauf aufzuhalten, hätten keine guten Folgen gehabt. In dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit müsse die Regierung eine wachsame Neutralität beobachten und, wenn erforderlich, beruhigend wirken. Giolitti betonte, er habe den Industriellen abgelehnt, die Aussperrung zu erklären, andernfalls könnten sie auf keine Unterstützung der Staatsgewalt rechnen. Zur Verhinderung der Besetzung hätte man alle verfügbaren Kräfte auf nicht als 800 Werke verteilen müssen und zu deren gewaltsamer Räumung wäre ein Kampf mit ersten Folgen nötig gewesen, während doch der Allgemeine Gewerkschaftsverband verhindert hätte, daß die Bewegung nicht politischer, sondern wirtschaftlicher Natur sei. Die Vergehen der Einzelnen seien bei den Gerichtsbehörden zur Anzeige gebracht worden. Die Regierung habe geglaubt, im gegebenen Augenblick in den Streit eingreifen zu sollen, und daraufhin sei eine Vereinbarung getroffen worden. Es sei beachtlich, den Gang der Industrien in der Weise umzubilden, daß die Arbeiter von den Verhältnissen in den Fabriken Kenntnis erhielten. Dann könnten sie sich über die Billigkeit oder Unbilligkeit ihrer Forderungen Rechenschaft abgeben. Das von ihm infolge der Vereinbarung erlassene Dekret schaffe kein Präjudiz. Ein partieller Ausbruch solle Vorklänge zur Abfassung eines Gesetzentwurfes unterbreiten. Der Arbeiter solle zu einem Verbündeten, nicht zu einem Gegner des Industriellen gemacht werden. Giolitti betonte, daß der Grundsatz der Ueberwachung schon am 5. März 1919 von den Vertretern der Unternehmer zugestanden worden sei und daß im Dezember 1919 die Kammer eine Tagesordnung zugunsten der Kontrolle der Betriebe angenommen habe. Täglich würden Betriebe geräumt und die Arbeit werde bald wieder ihren gewöhnlichen Gang gehen. Der Ministerpräsident schloß, die Zukunft des Landes hänge vor allem davon ab, wie die große soziale Frage gelöst werde.

## Gegen politische Taschenspielertricks

Von Artur Crispian.

Der Zitatensatz der offenen und verkappten Kommunisten ist um ein Spekulationsstück auf die Urteilslosigkeit bereichert worden. In Parteizeitungen, in der roten Fahne und in Versammlungen werden Zitate mißbraucht, die einem Artikel, den ich 1917 geschrieben habe und meiner Broschüre über die Internationale, die vor dem Leipziger Parteitag erschienen ist, entnommen sind. Der Urheber dieser neuesten persönlichen und politischen Verleumdungen gegen mich ist Genosse Böttcher in Stuttgart. Ueberschrieben hat Böttcher seine Stänkerei: „Nicht in den Sumpf“. Andere fügten als zweite Ueberschrift hinzu: „Crispiens Wandlungen“. Der Zweck dieser Uebung soll sein, die Meinung zu verbreiten, als ob ich in der Frage der Organisation der Internationale früher eine andere Meinung vertreten habe als heute.

Bevor die erwähnten Zitate von meinen mir so wohlwollenden lieben Freunden für ihre schlechten Zwecke mißbraucht wurden, habe ich selbst in Versammlungen darauf hingewiesen, daß ich schon seit Jahren für eine nationale und internationale Zentralisation der Arbeiterbewegung eingetreten bin. Zum Beweis dafür berufe ich mich unter anderem gerade auf den oben genannten Artikel von 1917 und auf meine Broschüre über die Internationale. Ich habe die Genossinnen und die Genossen wiederholt, die Broschüre nachzulesen, die immer noch aktuell ist. Und diese Bitte wiederhole ich hier. Die Genossinnen und Genossen werden sich dann davon überzeugen können, daß ich nicht erst eines Moskauer Triesters bedurfte, um die Notwendigkeit einer zentralorganisierten Internationale zu erkennen. Sie werden sich dann aber auch davon überzeugen können, daß ich, im Gegensatz zu den Kommunisten, niemals einen derart ins Extreme getriebenen Zentralismus gefördert habe, der Vernunft zu Unstimm machen würde. Freilich, meine Verleumder zitieren nur aus dem Zusammenhang gerissene Stellen und hören immer da auf, wo ich den Kommunisten von gestern und denen von heute deutlich genug den Text lese. Wie ich in dem fraglichen Artikel sage, daß es „eine der Hauptaufgaben ist, die sich die Internationalen gestellt haben, die proletarier aller Länder zu einer lebendigen, aktionsfähigen Internationale zusammenzufassen“, so habe ich in meiner Broschüre eine scharfe Kritik an der Taktik der Kommunisten:

Es geht nicht an, daß ein Teil der internationalen Arbeiterbewegung eine Internationale gründe, ein Programm aufstelle und eine Taktik vorschreibe, die von allen andern einfach hingenommen werden soll.

Die ganze Taktik der Moskauer Internationale beruht auf dem fundamentalen Irrtum, daß die proletarische Revolution heute und morgen in jedem kapitalistischen Staat zum Ausbruch kommt. Mit einem Kampf über diese Zeit hinaus wird gar nicht gerechnet. Es ist die Taktik der Verzweiflung, der Versuch, die Weltgeschichte zu vergewaltigen. Diese Taktik hat aber die Wirkung, die Reaktion zu fördern, anstatt der Revolution zu nützen. Sie stiftet überall Verwirrung in den Reihen der Arbeiter, sie wirkt wie Sprengpulver auf die proletarischen Armeen in den verschiedenen Ländern und hindert ihre Aktionsfähigkeit auf nationalem und internationalem Gebiet.

Ist das nicht Wort für Wort bestätigt worden, was ich damals schrieb! Und ist nicht auch das bestätigt worden, was ich weiter sagte über die Wirkung der Beschlüsse auf dem Gründungskongreß der Moskauer Internationale:

Den Weg nach Moskau haben die Moskauer selbst durch ihre Beschlüsse und durch ihre Praxis gegen die Unabhängigen für uns gesperrt. Auf Grund dieser Beschlüsse könnten wir nur in den Kreml gelangen, wenn wir uns blindlings den Kommunisten unterordnen und in der internationalen kommunistisch-syndikalistischen Draufgängeraktion aufgehen würden.

Die Moskauer Beschlüsse können nicht die Plattform einer neuen Internationale bilden, diese Plattform kann nur von allen revolutionären sozialistischen Parteien aller Länder gemeinsam geschaffen werden.

Das ist doch wohl deutlich. Niemals habe ich die Ansicht gehabt, daß die neue Internationale aus einer kommunistischen Partei gebildet werden müsse. Ausdrücklich führte ich aus:

Es heißt kein anderer Weg, wir müssen mit allen revolutionären sozialistischen Parteien aller Länder, mit Einschluß der Bolschewisten, Verbindungen anknüpfen und Beziehungen zu ihnen herstellen und Vorbereitungen treffen, zur Einberufung eines sozialistischen Weltkongresses. Zu diesem Weltkongreß sollen alle sozialistischen Parteien eingeladen werden, die durch Wort und Tat den selbständigen Klassenkampf führen, die die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter erstreben, die auf dem Boden des Rätekaisers stehen und die die Diktatur des Proletariats als notwendige Uebergangsmäßnahme für die Zeit vom Kapitalismus bis zum Sozialismus anerkennen. Die



sozialistischen Parteien mit einem solchen Programm werden allein in der Lage sein, eine aktionsfähige, siegverheißende Internationale zu bilden.

Wer also meine hier angeführten Voraussetzungen für die zentrale Organisation der Internationale beim Zitieren verschweigt, fällt nicht meine wirklich gemachten Ausführungen! Solche Methoden, wie sie Wätcher und seine Freunde gegen mich anwenden, wurden seit je von jedem ehrlichen Kerl, der sich fähig und stark fühlte, seine Sache sachlich zu führen, verachtet.

## Lenin, der „Konterrevolutionär“ und „Antibolschewist“.

Genosse Wilhelm Dittmann schreibt in der Freiheit: Weil konterrevolutionäre Zeitungen und Organisationen mit Auszügen aus meinen Artikeln über Rußland versuchen antibolschewistische Stimmungsmache zu treiben, deshalb werde ich jetzt von Freunden der Moskauer Anschließbedingungen in der Presse und in Versammlungen als „Konterrevolutionär“ und „Antibolschewist“ verschrien. In einem jetzt vollständig von der „Roten Fahne“ inspirierten Blatt der U. S. P. D. finde ich deswegen folgende Apoptrophierung: „Die Schamröte muß jedem U. S. P. D.-Arbeiter ins Gesicht steigen ob solcher „Parteigenossen“, die der Gegenrevolution die Waffen schmieden“. Ich freue mich darüber, daß mein Kritiker nicht nur von mir armen Sünder allein spricht, sondern von „solchen „Parteigenossen“, also unterschiedslos alle „Parteigenossen“, deren Äußerungen von der Konterrevolution gegen Sowjetrußland ausgeschlachtet werden, für „Konterrevolutionäre“ und „Antibolschewisten“ erklärt. Diese Konsequenz lobe ich mir. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig.

Ich zweifle aber etwas daran, daß diese „Gerechtigkeitsmecierei“ anhalten wird, wenn mein weltfremder Kritiker erfährt, daß er eigentlich auch seine Moskauer Götter, die er blindlings anbetet, in den Pfuhl der Verdammnis schleudern mußte. Als ich Ende August von Moskau zurückkehrte, da prangte an den Berliner Anschlagssäulen ein Riesenplakat mit Auszügen aus einer Rede — Lenins, die er auf dem Kongress der Wassertransportarbeiter gehalten hatte und in der er die Vereitigung der durch die Arbeiterräte ausgeübten „kollektiven Betriebsleitung“ forderte. Das Plakat gipfelte in der Rußanwendung: „Sieht du, deutscher Arbeiter, dir schwindelt man vor, in Rußland herrsche das Räteystem und Lenin pfeift auf die Räte“. Konterrevolutionäre und Antibolschewisten versuchten so Stimmung gegen Sowjetrußland zu machen. Nach der Logik meines Kritikers mußte damals „jedem U. S. P. D.-Arbeiter die Schamröte ins Gesicht steigen, von einem solchen Genossen, der der Gegenrevolution die Waffen schmiedet hatte“, das heißt also — vor Lenin! Nach dieser Logik war er selber „Konterrevolutionär“ und „Antibolschewist“ geworden, reiß — für die „Säuberung“ und „Reinigung“ der Partei, für den Ausschluß!

Ferner las ich dieser Tage, daß die Sowjetpresse einen Brief Lenins veröffentlicht, der die Bevölkerung Rußlands aufruft, gegen den Hunger zu kämpfen, einen Brief, der bestätigt, daß die Verpflegungsgrundlage der Sowjetrepublik niemals so schwer gewesen sei wie jetzt und die Armee eine fürchterliche Proviantkrise erleide. Selbstverständlich werden die antibolschewistischen Organisationen sich einen solchen „fetten Happen“ nicht entgehen lassen, und bald wird an den Anschlagssäulen der Brief Lenins mit den Hungerklagen prangen. Das wirkt natürlich wieder „konterrevolutionär“ und „antibolschewistisch“. Also wiederum: Lenin ist „Konterrevolutionär“ und „Antibolschewist“ geworden.

Weiter: In einer Parteiversammlung in Jek wurde mir ein Flugblatt gegeben, das von den Fabrikanten verteilt worden ist. Dieses Flugblatt war — der wörtliche Abdruck des Aufrufs der russischen Sowjetregierung zur Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht vom 26. Februar 1920, in dem es heißt:

„Die arbeitenden Städte und Teile des Landes erliden unter dem Druck des Hungers. Die Eisenbahnen kriechen kaum, Häuser sind zerstört, die Städte erliden im Schmutz, Epidemien grassieren und der Tod mäht rechts und links. Die Industrie ist zerstört . . .“

Diese offene Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse, die im Februar 1920 in Rußland herrschten, ist am Schluß des von antibolschewistischer Seite herausgegebenen Flugblattes in folgender Weise kommentiert:

„Dieser Aufruf gibt ein erschütterndes Bild der Tatsachen in Rußland. Keine Verschönerung wird an dem Zustand der Sowjetregierung, daß Rußland gegenwärtig in Schmutz und Hunger zugrunde geht, etwas ändern können. Das ist das wahre Bild der „Rätediktatur“, das tatsächliche Ergebnis kommunistischer Wirtschaft. Gebt diesen Aufruf weiter! Hängt ihn in allen Arbeitsstätten aus!“

Wer wollte leugnen, daß die Sowjetregierung in ihrem Aufruf der Konterrevolution diese „Waffen geliefert“ hat? Lenin und seine Regierung sind demnach die größten „Konterrevolutionäre“ und „Antibolschewisten“. Fast alle ihre Aufrufe, Artikel und Reden werden von ihren Gegnern gegen sie und ihr Regierungssystem ausgeschlachtet. Sollen sie nun etwa schweigen, sollen Lenin und Genossen die Wahrheit nicht sagen, weil sie von der Konterrevolution gegen die Sowjetmacht ausgezinkt wird? Nach der Logik meiner freundlichen Kritiker allerdings.

Parteigenossen mit gesundem Menschenverstand werden darüber aber wohl anderer Meinung sein. Kein Politiker ist davor geschützt, daß seine Äußerungen von seinen Gegnern gegen ihn fruktifiziert werden. Sind doch auch früher unzählige Äußerungen von Bebel und ander unsrer Führer gegen die Sozialdemokratie ausgeschlachtet worden! Aber niemals ist es einem Parteigenossen eingefallen zu fordern, daß die Wahrheit nicht hätte gesagt werden dürfen, daß man sich vor den Genossen „schämen müßte“, die dem Gegner „die Waffen schmieden“. Eine solche Forderung zeigt nur die Unfähigkeit ihrer Väter, die Grundzüge des Sozialismus vertreten zu können.

Zu welchen Konsequenzen eine solche opportunistische Duckmäuser-Taktik führen würde, zeigte sich dieser Tage, als ein englischer Genosse sich bei uns darüber beklagte, daß Kautskys Buch über die Schuld der deutschen Regierung am Ausbruch des Weltkrieges von den englischen Imperialisten benutzt werde, sich selber als die Unschuldslämmer hinzustellen. Um den englischen Genossen keine Unbequemlichkeiten bei ihrer Agi-

lation zu bereiten, hätte Kautsky also den Nachweis nicht führen dürfen, daß der deutsche Imperialismus den Weltkrieg vom Zaune gebrochen hat! Wer steht nicht an diesem Beispiel, wie unnützig es ist zu fordern, daß ein Politiker aus Opportunismus die Wahrheit verschweigen sollte? Ich werde sie auch künftig stets rückstandslos aussprechen und werde es mit Gleichmut ertragen, deswegen von der Dummheit oder der Niedertracht als „Konterrevolutionär“ und „Antibolschewist“ beschimpft zu werden. Befinde ich mich dabei doch — wie ich hier nachgewiesen habe — in der nach Meinung meiner Widersacher besten Gesellschaft, in derjenigen Lenins und seiner Sowjet-Regierung.

## Wilhelm Herzog will nicht klagen!

So erklärt er in der Hamburger Volkszeitung oder vielmehr läßt er der besseren Wirkung halber durch die Preßkommission des Blattes erklären. Diese gefällige Preßkommission „testet“ nämlich „fest“, daß sie „ein bürgerliches Gericht nicht für die geeignete Instanz ansieht, einen Parteigenossen von den aus der Weltbühne übernommenen Anwürfen reinigen zu können, für die trotz wiederholten Erläuterungen der Hamburger Parteinstanzen bisher keine Beweise von den Verleumdern noch von ihren Helfershelfern gebracht sind, noch erbracht werden können“.

Das ist wahrhaftig bequem für Wilhelm Herzog. Er weiß, daß er den Herausgeber der Weltbühne, der nicht Parteigenosse ist, nicht bewegen wird, seine Anklagen vor einem Hamburger Parteidienstgericht zu vertreten. Er weiß, daß er ihn nur durch eine Klage vor dem bürgerlichen Gericht zwingen kann, seine Beweise vorzulegen und er geht dieser Möglichkeit, die angebliche Unwahrheit der Jakobsohnschen Anklagen zu erweisen, vorzüglich aus dem Wege. Diese Abneigung Wilhelm Herzogs gegen die Klage ist für uns so gut wie der Beweis, daß er die Klage zu scheuen hat, daß die Anklagen Jakobsohns richtig sind.

Aber die Scheu Herzogs vor einer gründlichen Untersuchung seiner Sache geht noch weiter. Die Preßkommission erklärt: „Von einer Berliner Parteinstanz zwecks Untersuchung ist uns nichts bekannt, auch nicht, daß solche einen Spruch gefällt hat.“ Die Hamburger Preßkommission wird durch Wilhelm Herzog äußerst mangelhaft unterrichtet. Wir stellen fest, daß auf der Reichskonferenz mitgeteilt wurde, daß das Zentralkomitee der Partei die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gegen Herzog veranlaßt hat und daß dieser Untersuchungsausschuss auf der Reichskonferenz durch seinen Vorsitzenden, Genossen Rosenfeld, erklären ließ, daß die Untersuchung noch nicht abgeschlossen, daß der Ausschuss aber schon zu der Ansicht gekommen sei, daß Herzog Klagen nicht, obgleich Herzog und andere Hamburger Delegierte auf der Reichskonferenz anwesend waren!

Wilhelm Herzog mag von diesem Untersuchungsausschuss aber anscheinend auch nichts mehr wissen, denn die Preßkommission erklärt, daß er seit März 1920 Mitglied der Hamburger Parteiorganisation sei und fährt fort: „Deshalb wird von uns eine etwas später eingeleitete Berliner Instanz nicht als kompetent anerkannt werden.“ D. h. Wilhelm Herzog zieht sich vor dem unbehaglichen Untersuchungsausschuss des Zentralvorstandes unter die schützenden Flügel seiner Hamburger Anhänger zurück. Die ist nämlich nicht so unhöflich, ihn zur Klage vor dem bürgerlichen Gericht zu drängen, so daß er nicht in die Unbequemlichkeit gerät, sich den höchst unsympathischen Beweisen des Herrn Jakobsohn stellen zu müssen.

Die Preßkommission stellt schließlich noch fest, daß Herzog mehrmals, noch zuletzt am 24. September, um Entbindung von seiner Tätigkeit an der Hamburger Volkszeitung ersucht hat, daß sie ihn aber bestimmt hat, zu bleiben. — Das entlastet in unsern Augen Herzog durchaus nicht. Ein Politiker von Verantwortungsfreudigkeit muß in solchem Falle, selbst wenn seine Anhänger ihn halten wollen, von seinem Posten bis zum Austrag der Sache zurücktreten. Läßt er sich zum Weiterdrängen, so zeigt er, daß es ihm mit seinen Rücktrittsabsichten nicht ernst ist, daß er sich an seinen Posten klammert.

Die Hamburger Preßkommission sagt uns aus diesem Anlaß noch einige Grobheiten, die wir adäquat übergehen. Nur dagegen müssen wir uns doch verwahren, daß wir unsre Angriffe gegen Herzog „mit der deutlich erkennbaren Absicht, unter dem Deckmantel des Reinlichkeitsgebühls nicht nur die Person Herzogs, sondern seine politische Stellung und die von ihm vertretene Richtung zu untergraben“, erhoben hätten. Wir sind weit davon entfernt, die sogenannte Linke für Herzog verantwortungsvoll zu machen, und würden es sehr bedauern, wenn die anständigen Leute jener Richtung den Mantel der Liebe über die Affäre Herzog decken würden, weil Herr Herzog sich auf die linke Seite geworfen hat. Wir nehmen das bis auf weiteres nicht an; die Reinlichkeit der Partei ist doch wohl noch keine Frage der Richtung.

In diesem Zusammenhang ist es nicht ohne Interesse, zu sehen, wie Herr Herzog das ihm anvertraute Blatt leitet. Wir haben schon am Sonnabend festgestellt, daß in der Hamburger Volkszeitung Gegner der Moskauer Bedingungen überhaupt nicht zum Wort kommen. Das geht so weit, daß das Blatt nur die Beschlüsse jener Organisationen mitteilt, die für die Bedingungen Beschlüsse fassen. In der Sonnabendnummer wurde einmal eine Ausnahme gemacht. Der Aufruf des Genossen Crispian, der dem Blatte direkt zugesandt wurde, ist darin abgedruckt. Natürlich mit entsprechendem Vorwort und dito Schwanz. Aus diesen beiden Glossen seien zur Kennzeichnung die folgenden Proben wiedergegeben:

„. . . jetzt, da er die Niederlage von Halle zu fürchten beginnt, legt spielt der in falschem Bathos allzu reiche Wilhelm Teil der USP. pöblich den Alttinghausen, legt legt er sich als Heldendater nur, im Interesse der Aufrechterhaltung der Einigkeit unserer Partei“, gezwungen, zu predigen: Seid einig, einig, einig!“

Aus dem alten Herrn bei Friedrich Schiller ist allerdings ein heuchlerischer Einigkeitssapostel von Sudermann geworden.“ So in der Einleitung. Im Schlußwort heißt es nicht minder ebenso schön:

„Eingeleitet wird sein herrschseliges Melodrama durch einige falsche Töne, die der Partitur vorangelegt oder richtiger angefügt waren. Der Herr Komödiant und bisher Parteivorstehende soll sich über unsre Objektivität nicht zu beklagen haben. Wir brachten nicht nur seinen bombastischen Aufschrei eines Gewältes, sondern auch die einleitenden Töne, die seine Not und die Notwendigkeit seiner Tat beklunden sollen, ab. In Parenthese: Er hat schon einmal, beim Kapp-Putsch, als er die Idee der Arbeiterregierung von seinem Kopf Silberding ins leere Hirn geträufelt bekam, eine gewaltige oratorische Leistung vollbracht, als er ausrief: Die Zeit schreit nach Tat! . . .“

Was der Held mit den falschen Tönen sonst an bombastischem Schwulst, an subalterner Gefinnung, an Intrigenkünsten vorbringt, vorjagt, wird der einigermaßen kundige Leser selbst herausfinden.“

Das genügt wohl. Burden wie Herzog sind, wie man sieht, allemal die Unverschämtesten, die frechsten Besudler anderer. Sie denken, durch ihr freches Schimpfen verdecken zu können — wie schmutzig sie selbst sind.

## Die Organisationen zum Moshauer Diktat.

Der Ortsverein der U. S. P. beschäftigte sich am Sonnabend, dem 25. September, mit den Moskauer Bedingungen. Referenten waren die Genossen Irtzel und Arno Bruchardt. Nach fast vier-

stündiger Redebeschäftigung nahm die Versammlung, welche von 120 Mitgliedern besucht war, nachstehende Resolution gegen 4 Stimmen an: „Die Mitgliederversammlung der U. S. P. Wiederlich ist sich bewußt, daß zur Erringung des Sozialismus eine internationale Zusammenfassung der revolutionären Arbeiterparteien aller Länder der Welt eine dringende Notwendigkeit ist. Diese Zusammenfassung muß aber die Möglichkeit gewähren, den Klassenkampf nach den besonderen Bedingungen der einzelnen Länder zu führen und anerkennen, daß nur durch bewußtes Handeln der Massen selbst das Ziel zu erreichen ist. Da die geistlichen Bedingungen diesen Voraussetzungen nicht entsprechen, lehnen die Genossen die Bedingungen ab. Trotz der Ablehnung werden die Genossen nicht aufhören, den russischen Klassenkämpfern wärmste Sympathie und tatkräftige Unterstützung angedeihen zu lassen.“

Die Genossen der U. S. P. beschäftigten sich am Sonnabend in starkbesuchter Versammlung mit den Anschließbedingungen. Genosse Hiesinger sprach gegen, Genosse Dadeke für dieselben. In der ausgedehnten Diskussion erklärten sich alle Genossen ausnahmslos gegen die Bedingungen und bedauerten lebhaft, daß durch diesen „Streit um des Kaisers Bart“ die Partei von anderen sehr wichtigen Dingen abgelenkt wird.

11. Wahlkreis Grimma-Murzen.  
Die Hauptversammlung des Kreises Grimma-Murzen-Mischau-Murzen lehnte nach einem Referat des Genossen Lipinski-Leipzig einstimmig die Anschließbedingungen an die 3. Internationale ab. Ein Genosse, der bisher für die Anschließbedingungen eingetreten war, erklärte, daß er seine Stellungnahme nicht mehr aufrechterhalten könne. Die Ortsgruppen, die zu der Frage Stellung genommen hatten, schlugen nur Kandidaten vor, die sich gegen die Anschließbedingungen erklärt hatten. Die Genossen Chemnitz, Saupé und Willkomm, sowie die Genossen Weinert wurden fast einstimmig als Delegierte gewählt. Von einer Urabstimmung über die Anschließbedingungen wurde Abstand genommen. Vertreten waren 28 Ortsgruppen mit 54 stimmberechtigten Delegierten.

14. Wahlkreis Borna-Rochitz.  
Die Kreisversammlung stellte die Kandidaten zum Parteitag in Halle auf. Dabei erhielten die Freunde der Anschließbedingungen 7 Stimmen, die Gegner des Diktats 29 Stimmen. Die Delegierten selber werden durch Urwahl bestimmt.

Gera.  
Am 27. September beschäftigte sich die U. S. P. von Gera in einer Mitgliederversammlung mit den Moskauer Bedingungen. Für die Bedingungen sprach Dr. Stern, dagegen Liebmann. Bei der Abstimmung wurden 582 Stimmen gegen und 328 Stimmen für die Bedingungen abgegeben.

Chemnitz.  
Am 26. September tagte in Chemnitz eine Bezirkskonferenz der U. S. P. des Chemnitzer Bezirkes, die sich mit den Moskauer Bedingungen beschäftigte. Genosse Liebmann-Leipzig sprach gegen die Bedingungen, Genosse Eilrod-Leipzig sprach dafür. Nach reiflicher Aussprache lehnte die Konferenz in namentlicher Abstimmung die Moskauer Bedingungen mit 54 gegen 31 Stimmen ab.

Dresden.  
Am Freitag tagte in Groß-Dresden die Kreisversammlung. Genosse Kabis-Berlin referierte gegen, Genosse Malahn-Berlin für die Moskauer Bedingungen. Das Referat Kabis wurde mit stürmischem Beifall und Händeklatschen aufgenommen, ebenso das Referat Malahns. Nach kurzer Debatte und den Schlussworten wurden für die Resolution, die die Ablehnung der Bedingungen fordert, etwa 150 Stimmen abgegeben. Die Resolution für die Bedingungen erhielt etwa 200 Stimmen. Eine Anzahl Teilnehmer enthielt sich der Abstimmung. Die Abstimmung vollzog sich unter sehr starker Unruhe. Ein außerordentlich großer Teil der Parteigenossen hatte bereits vorher den Saal verlassen.

Mittelelbe.  
In der Mitgliederversammlung am 22. September wurde gegen sechs Stimmen eine Resolution angenommen, die die Bedingungen Moskaus nicht für eine geeignete Grundlage für den Anschluß erklärt. Vom Parteitag wird Schaffung eines Organisationsstatutes auf zentralistischer Grundlage gefordert. Auf Grund dieses Statutes sollen dann erneut Verhandlungen mit der 3. Internationale vorgenommen werden.

Kreis Mansfeld.  
Die Kreisgeneralversammlung, die am 26. September in Eisleben tagte und von 108 Delegierten besucht war, nahm gegen sechs Stimmen eine Resolution für die Moskauer Bedingungen an und einen Protest gegen die Vorverlegung des Parteitages. Sämtliche sieben Parteitagsdelegierten wurden verpöblicht, in diesem Sinne den Willen der Mansfelder Mitglieder zu vertreten. Also gebundene Mandate und keine Urwahl noch Verhältniswahl!

Ablehnung der Urwahl in Halle.  
Die Kreisgeneralversammlung für Halle-Saalkreis nahm einstimmig eine Resolution Scholem an für die Bedingungen. Beim Punkt Stellungnahme zum Parteitag erklärte Genosse Lemke, daß durch die Vorverlegung des Parteitages die Urwahl der Delegierten gänzlich unmöglich geworden sei (?). Es wurde mit 245 bis 242 Stimmen die Delegiertenliste des „linken Flügels“ gewählt; der „rechte Flügel“, auf dessen Liste 8 bis 2 Stimmen fielen, erhielt keine Vertretung. Die Hallenser Genossen wägten sich also, die Verhältniswahl, die hier in Leipzig stattfindet, anzuwenden. Sie wollten die Minderheit einfach erdrücken. Von der Urwahl mögen sie nichts wissen. Ein Antrag, eine Urwahl nach dem Parteitag vorzunehmen, wurde abgelehnt. Der Genosse Dressel erklärte, bei einer Urabstimmung würden die Urteilslosen mit abstimmen; daher muß der Antrag, der dahin lautet, abgelehnt werden.

Ein Hallenser Schwindel.  
In wie perfider Weise gegen die Ablehnung der Moskauer Bedingungen gewählt wird, zeigt folgende

Erklärung:  
Der unabhängige Parteisekretär Deloner aus Halle hat auf einem Bezirkstag in Delitzsch die Behauptung aufgestellt, wir ständen in Unterhandlungen mit den Rechtssozialisten, und er hätte dafür auch Beweise.  
Wir stellen fest, daß an diesen Behauptungen kein wahres Wort ist, sondern daß Deloner offenbar so handelt, als wäre der Anschluß an die Kommunisten bereits vollzogen, und vor keiner noch so absurden Verleumdung zurückschreckt.

Crispian, Dittmann.  
In der Kreisgeneralversammlung zu Halle, in der Genosse Deloner mehrfach gesprochen, hat er seine Behauptung nicht zurückgenommen, aber auch keinerlei Beweise vorzubringen versucht. Er hat die Erklärung gar nicht erwähnt.

## Die Kosten der Agitation für das Moshauer Diktat.

Wir erhalten folgende Zuschrift:  
W. G. I Sie fragen in Ihrem Blatte: Wer bezahlt den Aufenthalt von Agitatoren wie Viktor Stern in Dresden und Leipzig und andern Orten? Gewissenhaft ist Ihr Recht zu dieser Frage anerkennen, will ich Ihnen doch für meine Person, da ich von andern Agitatoren in andern Orten nichts weiß, antworten.  
Mein Aufenthalt in Leipzig verursacht keine besonderen Kosten, da ich hier dank der Gastfreundschaft mehrerer Genossen unserer Partei billiger lebe als in Berlin wo ich keinen Haushalt führe. In Dresden aber habe ich, wie ich bereits feststellte, Tag für Tag öffentliche Versammlungen der USP. abgehalten und mit



von den betreffenden Diszern die Kosten bezahen lassen müssen, so sehr ich im allgemeinen gewohnt bin, Referate nur ohne Bezahlung zu halten. Ich betone nochmals, daß ich in Dresden nur war, um dort öffentliche Versammlungen für unsere Partei abzuhalten.

Nun aber darf ich wohl die Gegenfrage stellen, wodurch ich Ihre völlig unberechtigten und grundlosen persönlichen Angriffe verdient habe. Niemand wird mir auch nur das geringste Abweichen von sachlicher Kampfesweise nachweisen können, weder jetzt noch während der vierzehn Jahre meiner Parteilichkeit. Daß ich für die Bedingungen einträte, wo ich nur kann, halte ich für mein Recht, ja angesichts der Bedeutung der Entscheidung für meine Pflicht. Ich habe in Dresden doch für unsere Partei gearbeitet und so wenig ich dafür Dank verlange, so sehr darf ich doch beanspruchen, dafür nicht noch verleumdet zu werden.

Wenn Genosse Stern sich über persönliche Angriffe beschwert, daß er von mir „verleumdet“ werde, wird er nicht aufrechterhalten können —, so muß er sich an die Genossen seiner Richtung wenden. Sie sind es gewesen, die zuerst die führenden Genossen der sogenannten Rechten in der schärfsten Weise verdächtigt haben. Man kann uns nicht verargen, wenn wir daraufhin die Personen der andern Seite unter die Lupe nehmen. Und Genosse Stern muß dann eben für die Sünden seiner engeren Richtungsgenossen mit büßen.

In der Sache bleibt es dabei, daß auf die Frage, wer die Kosten des überaus kostspieligen Agitationsapparats der sogenannten Linken trägt — Flugblätter allein kosten jetzt bekanntlich sehr viel Geld — von der sogenannten Linken die Antwort verweigert wird!

### Eine Irreführung.

Die Korrespondenz Anna Geier bringt in Nr. 10 einen Artikel „Wer spaltet?“ Hierin wird den Ablehnern der 21 Punkte der Vorwurf gemacht, sie wollten die U. S. P. spalten. Um diese Behauptung zu erhärten, ist ein Rundschreiben beigefügt, welches dieser Tage in Hannover in einer Anzahl von 50 Exemplaren in Schreibmaschinenchrift verbreitet wurde und vom Sechserauschuß unterzeichnet ist. Die Genossenschaft Korrespondenz spricht die Vermutung aus, daß sich hinter diesem „geheimnisvollen“, „namenlosen“ Sechserauschuß rechtsstehende berüchtigte Parteiliche verbergen, die wegen mangelnder Erfolge in Frankfurt jetzt ihre Tätigkeit auch auf andere Orte ausdehnen.

Demgegenüber sei mit allem Nachdruck festgestellt: Dieses Rundschreiben ist nur in Hannover von dortigen Parteigenossen verfaßt und verbreitet worden. Die „berüchtigten rechtsstehenden Parteiliche“ im Reich haben damit nichts zu tun. Aber warum mußten unsere Genossen diesen Weg einschlagen?

In Hannover herrscht der doppelte Wahlsystemradikalismus, der sich nicht nur an Worten berauscht, sondern mit der Faust und dem Spazierstock auf den Tisch schlägt, der die wütendsten Lärmjungen veranstaltet, wenn in Versammlungen Ausführungen gemacht werden, die den radikalen Instinkten nicht schmeicheln. Das mußte sogar die Genossin Zieh auf dem letzten Provinzial-Parteitags festsehen, die man nicht nur als „Bonze“ beschimpfte, sondern auch mit Fäusten bedrohte. Auf der letzten Generalfversammlung war es den Genossen, die die 21 Punkte ablehnten, nicht möglich, ihren Standpunkt vertreten zu können. Sie wurden sämtlich niedergebückt. Es ist also nicht möglich, selbst bei der größten Objektivität irgendwelche Ausführungen zu machen, die nicht im Sinne der Schreier gehalten sind. Dies hat dazu geführt, daß die Genossen, die eine sachliche Austragung der Differenz wünschten, eine Besprechung ableisten, wozu sie durch das betreffende Rundschreiben eingeladen wurden.

Fr. Marx, Hannover.

### Die Finanzkonferenz in Brüssel. Gegen die Sozialisierung!

Brüssel, 27. Sept. (Sabas-Neuter.) Auf der Finanzkonferenz stellte der Engländer Brand, Vizepräsident der Konferenz, als Grundsatz auf, daß der Reichtum eines Landes vor dem seiner Regierung den Vorrang haben müsse. Der Stand der öffentlichen Finanzen habe keinen Wert, wenn die Lage jedes Einzelnen zu wünschen übriglasse. Der Krieg habe einen Umsturz in der Lage jedes Einzelnen und eine Revolutionierung aller Kapitalisten bewirkt. Vor allem sei es also wichtig, die Lage wiederherzustellen. Zu den von Brand hierfür angezeigten Mitteln gehört zunächst die Hemmung der standalösen Vermehrung der Möglichkeiten, Geld aufzukaufen, ferner das Aufheben der Praxis, unproduktive Ausgaben in die Budgets aufzunehmen. Natürlich werde man auch die produktiven Ausgaben, soweit möglich, zu beschränken haben. Es gebe gewisse Ausgaben, die eine Einschränkung nicht verteilten, wie die nationalen Schulden und die Pensionen, aber man könne bei den Rüstungen Erparnisse bewirken. Bedingung einer jeden Rüstungseinschränkung sei, daß sie im Einvernehmen aller Regierungen zustande komme. Brand rät den Regierungen, sich allen solchen sozialen Maßnahmen zu widersetzen, die, wie z. B. die Sozialisierung, die Lage nur verschlimmern könnten. Der Redner wünscht im Interesse der europäischen Finanzen auch die möglichst rasch erfolgende Aufhebung aller Beschränkungen der Handelsbeziehungen zwischen den Nationen. Brand ist überzeugt, daß das Haupthindernis für die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen den Nationen in der politischen Unbeständigkeit und Ungewißheit in Europa zu finden sei. Europa müsse das Risiko auf sich nehmen, das mit gegenseitigem Vertrauen zwischen den Regierungen und Nationen verbunden sei. Bisher sei es möglich, immerhin würde so die Möglichkeit gegeben sein, ans Ziel zu gelangen. Im Laufe seiner Rede gab Brand die bemerkenswerteste Erklärung ab, daß die Regierungen aller kriegsführenden westlichen Länder eine Lösung des Problems ihrer auswärtigen Schulden suchen könnten, wobei die Wiedergutmachung der Kriegsschäden unter diesem Gesichtspunkte einen integrierenden Bestandteil der auswärtigen Schuld Deutschlands und Oesterreichs bilde.

Delacroix erklärte, er wolle davon absehen, auf den politischen Teil der Rede Brands einzugehen. Er machte der Konferenz Vorschläge, die sich auf das von Brand angeschnittene Steuerproblem bezogen, insbesondere auf die Kapitalsteuer. Delacroix stellte fest, daß kein Land die Kapitalsteuer durchgeföhrt habe, obwohl die Frage überall aufgeworfen sei. Er wünschte, die Konferenz möge die Kapitalsteuer gründlich prüfen.

Lord Chamberlain besprach die Darlegungen Brands und betonte, das wichtigste Heilmittel für die gegenwärtige Lage sei die Verringerung der Ausgaben, insbesondere derer für die Rüstungen.

Paris, 27. Sept. Der Berichterstatter des Zeit Journal meldet, daß in Brüssel fünf Kommissionen gebildet werden sollen, die sich beschäftigen werden 1. mit der Vergleichung der Finanzbilanz der verschiedenen Staaten, 2. mit der Münzfrage, 3. mit den Mitteln zur Verminderung der Ausgaben, 4. mit internationalen Anleihen und Krediten, 5. mit Mitteln zur Erleichterung des internationalen Handels.

Zu der Rede Brands werden von anderer Seite noch folgende bemerkenswerte Einzelheiten gemeldet:

Als eine der ökonomischen Folgen des Krieges hob er zunächst die in allen Staaten zu beobachtende Zerstörung des Kapitals hervor. Es hätten beispielsweise England ein Sechstel und Deutschland weit über die Hälfte ihres Nationalvermögens verloren. Brand sieht das Hauptproblem in der Neubildung und Verwendung des Kapitals. Der Industrie sei das Kapital zuzuföhren, während die Staaten die Pflicht hätten, ihre Bedürfnisse einzuschränken und so zu einer ordentlichen Geldwirtschaft beizutragen. Vor allen Dingen dürfen nach seiner Ansicht die Regierungen nur noch produktive Ausgaben machen, also

keine Arbeitslosenentschädigung, keine Zuzüge auf Kohlen, Brot, Mieten, ferner Herabsetzung der Rüstungen und Heraushebung der Tarife der öffentlichen Produktion, wie Eisenbahn und Post sichern. Viel Wert legt Brand auf Konsolidierung besonders der auswärtigen Schulden der verschiedenen Länder, insbesondere Deutschlands und Oesterreichs. Weiter betonte Brand, daß die Steuerhillsquellen der Staaten der Gesamtheit zur Verfügung gestellt werden müßten, um ein wirksames internationales Zusammenarbeiten zu ermöglichen.

### Pessimistische Urteile über den Wert der Konferenz.

Wie aus London gemeldet wird, äußert sich der Pariser Berichterstatter der Westminster Gazette sehr pessimistisch über die Brüsseler Finanzkonferenz. Er schreibt, da man die von Deutschland zu zahlende Entschädigung nicht festlegen und die Macht des Wiedergutmachungsausschusses als einzige Autorität auf diesem Gebiete wiederherstellen wolle, sei die Zukunft, die anfänglich auf der Brüsseler Konferenz herrschte, geschwunden. Es sei klar, daß jetzt die konkreten Ergebnisse, die man sich von der Konferenz versprochen habe, nicht erzielt werden könnten. Brüssel habe infolgedessen in der Hauptache akademische Bedeutung erhalten. Denn um das finanzielle Gleichgewicht zu finden, um die ungeheuren Probleme zu lösen, die sich über die Welt zusammenschleichen, sei es in erster Linie notwendig gewesen, eine solide Grundlage zu haben und genau Deutschlands Schuld und den Kredit der Alliierten zu kennen. Statt einzugehen, daß es in niemandes Interesse liegt, diese Frage noch länger hinauszuschieben, und zu erkennen, daß jeder Monat kostbar ist, siehe man vor, das Heiligum des unzerstörlichen Friedensvertrages anzubeten und sich den Gefahren auszusetzen, die von allen Seiten drohen.

Recht wenig hoffnungsvoll hat sich auch der französische Vertreter Cellier einem Berichterstatter des Zeit Parisien gegenüber ausgesprochen. Er erklärte, es sei unnütz, zu hoffen, daß die Konferenz sofortige Ergebnisse haben könne. Die wirtschaftlichen Probleme seien viel zu umfangreich, als daß eine Versammlung von Finanzfachleuten in vierzehntägiger Beratung eine Lösung finden könne. Das Werk könne in Brüssel nur begonnen werden. Das rechte Ergebnis werde zweifellos sein, daß die Konferenz auf dem Sondergebiet der Finanzfragen eine Wiedernäherung zwischen Leuten aller Nationen herbeigeföhrt habe, daß sie das gegenseitige Vertrauen und den Geist internationaler Zusammenarbeit wieder geschaffen habe. Bezüglich der praktischen Ergebnisse sprach Cellier die Hoffnung aus, daß die Konferenz zur Schaffung eines weiteren künftigen Organismus führe, der die Anleihekongresse regeln würde. Auch das sei eine fruchtbare Arbeit.

### Die Weihenfeer kommunistische K.-D. vor dem Ausnahmegericht.

Zu Beginn der Verhandlung stellte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Ernst, fest, daß sämtliche Angeklagten auch die es, die aus der Haft entlassen sind, zur Stelle sind. Die von der Staatsanwaltschaft ausgesprochene Bestürzung, daß die Angeklagten, wenn sie aus der Haft entlassen werden, nicht mehr erscheinen würden, ist dadurch gegenstandslos geworden.

Als nächster Zeuge wird der Kriminaloberwachmeister Schiller vernommen. Dieser Zeuge hat mehrere der Angeklagten in der Voruntersuchung vernommen. Die von ihm angefertigten Protokolle bilden die hauptsächlichsten Unterlagen für die Anklage der Staatsanwaltschaft. Der Zeuge gibt an, daß er von der Abteilung 1a den Auftrag erhalten habe, die Angelegenheit zu untersuchen, und zwar habe er den Untersuchung zuerst von dem Geschäftspunkt der Ermordung des Wachmeisters Schwedowski geleitet. An Hand der Protokolle hielt der Vorsitzende dem Zeugen die Aussagen der einzelnen Angeklagten vor. Die Verteidigung stellt bei einzelnen Aussagen, die die Angeklagten seinerzeit gemacht haben, wiederholt die Frage, ob der Zeuge bei Vernehmung der Angeklagten diese in irgendeiner Weise beeinflusst habe. Der Verteidiger, Justizrat Frankel, stellt dem Zeugen die Frage, ob es üblich sei, bei derartigen Vernehmungen sogenannte Suggestivfragen zu stellen. Der Zeuge legt dagegen entschiedenste Verwahrung ein. Es sei ausgeschlossen, daß die Angeklagten bei seinen Vernehmungen in irgendeiner Weise beeinflusst worden seien. Im weiteren Verlauf der Verhandlung kommt es zwischen dem Verteidiger Rechtsanwalt Lamp und dem Vorsitzenden zu einem Zusammenstoß. Rechtsanwalt Lamp hielt dem Zeugen Schiller vor, daß heute jeder Beamte bei Aussagen vor Gericht sehr vorsichtig aussage, damit er nicht gefaßt werden kann. Der Vorsitzende erwidert dem Verteidiger sich in seinen Ausdrücken zu möglichem. Rechtsanwalt Lamp: Jawohl, ich behaupte, alle Beamten tun dies. Vorsitzender: Das können Sie nicht behaupten, denn es gibt doch noch ein Gesetz. R. A. Lamp: Das Gesetz ist für mich gar nicht maßgebend. Das Gesetz ist nicht, was schwarz auf weiß gedruckt ist, sondern was daraus gemacht wird. Vor.: Sie erkennen also das Gesetz nicht an? R. A. Lamp: Nein. Mir kommt es auf die Wahrheit an, nicht auf den Buchstaben des Gesetzes, ich verachte das Gesetz. Vor.: Wir sitzen hier, um das Gesetz zu schützen, und wenn Sie sagen, Sie verachten es, dann wissen wir, welche Meinung Sie haben. R. A. Lamp: Ich sehe hier als Vertreter der Wahrheit, Sie aber treiben Verurteilungspolitik. Der Vor. verbietet sich energisch einen derartigen Ton, andernfalls er Gegenmaßregeln ergreifen müsse. Im Anschluß daran entspinnt sich ein längeres Rededuell zwischen den Verteidigern Lamp und Broß einerseits und dem Vorsitzenden andererseits, in dessen Verlauf Justizrat Broß auf die Vorzüge des Beamtentums vor 1915, „bei denen es noch Pflichttreue und kein Strebertum (1) gab“, zu sprechen kommt. Die Verteidiger Dr. Weinberg und Dr. Bönheim, sowie Justizrat Frankel verlassen bei diesen Worten demonstrativ den Saal. Der Vorsitzende erklärt, daß er diesen beiden Verteidigern nicht mehr folgen könne, sie müßten nun endlich sachliche Fragen an den Zeugen richten. R. A. Lamp stellt hierauf den Beweisanspruch, daß der Zeuge Schiller während der Voruntersuchung geäußert habe, wenn diese Arbeit erfolgreich verlief, er eventuell zum Kommissar befördert werden würde. Der Verteidiger stellt hierzu den Antrag, den Sohn des Zeugen darüber zu vernehmen, bei dieses der Braut des Angeklagten Krüger gesagt habe. Auf Befragen des Staatsanwalts erklärt der Verteidiger, daß der Sohn 11 Jahre alt sei. Das Gericht lehnt den gestellten Beweisanspruch nach kurzer Beratung ab. Die Vernehmung dieses Zeugen steht bis nachmittags 3 Uhr hin. Die Verteidiger richten an den Zeugen diese Fragen, die sich sämtlich auf die in dem Protokoll wiedergegebenen Äußerungen beziehen.

Als nächster Zeuge wird der Kriminalkommissar Maslax vernommen. Auch dieser Zeuge gibt an, daß die Sache erst als Mordsache behandelt worden sei, später wurde die Untersuchung zwar lediglich darauf gerichtet, ob in der K. A. P. D. eine militärische Organisation bestesse. Der Zeuge schildert dann, daß er anlässlich des Blau-Prozesses das erste Mal von einer K. D. gehört hätte. Zuerst hätte er dafür keine bestimmten Unterlagen bekommen können, doch hätte er dann bestimmte Mitteilungen von dem kommunistischen Sportklub bekommen. Der Zeuge gibt dann über die einzelnen Aussagen der Angeklagten in der Voruntersuchung, die er protokolllarisch festgelegt hat, nähere Auskunft und bestätigt im wesentlichen die in diesem Protokoll gemachten Angaben. Bei der Gelegenheit bringt R. A. Dr. Weinberg nochmals die Sache mit dem Schweinebraten und Hammelfleisch, mit welchen der Angeklagte Fall, nachdem er die andern Angeklagten mit seinen Aussagen belastet hat, traktiert worden ist, zur Sprache. Der Zeuge, Kriminalkommissar Maslax, stellt die Sache so hin, daß von einer Bestechung gar keine Rede sein könne. Die Vernehmung des Angeklagten Fall findet sich nochmals über die Mittagstunden hinausgezogen. Aus diesem Grunde habe er verzagt, daß Kalt in Bestechung eines Beamten im Prälaten an

Alexanderplatz gespeist worden ist. Die Verteidigung legt dem Kriminalkommissar dann die Frage vor, aus welchem Fonds derartige Dinge bezahlt werden. Der Zeuge erklärt dazu, das sei eine inwendigliche Angelegenheit des Polizeipräsidiums, zu der er die Aussage verweigert. R. A. Weinberg: Sie haben nur den Angeklagten Kalt, der die Angeklagten belastet hat, mit Hammelfleisch und Schweinefleisch traktieren lassen. Haben Sie den Angeklagten Fall nur mit dem Essen traktiert, weil er belastende Aussagen gegen seine Mitangeklagten gemacht hat? R. A. Bönheim: Herr Zeuge, Sie müssen es unter Ihrem Eid auslagern! Der Zeuge, Kriminalkommissar Maslax, schweigt. Die Verteidigung stellt darauf den Antrag, einen Gerichtsbeschuß darüber herbeizuföhren, daß der Zeuge verpflichtet ist, Auskunft darüber zu geben, ob die Abteilung 1a des Polizeipräsidiums einen Fonds unterhält, aus welchem Spiegel, Agenten und ähnliche Personen gespeist werden. Nach längerer Beratung verläßt der Vorsitzende, daß das Gericht die Zulassung dieser Frage abgelehnt hat.

Der Vorsitzende fährt dann in der weiteren Vernehmung des Zeugen fort. Um 1/2 Uhr verlassen sämtliche Pressevertreter den Gerichtssaal, da sie nicht mehr imstande sind, infolge der vielfältigen Verhandlung in einem völlig ungesicherten Gerichtssaal zu folgen. — Die Angeklagten Dolan, Mehlberg, Genrat, Krüger und Göß wurden auf Antrag der Verteidigung aus der Haft entlassen.

### Der Krieg im Osten.

#### Günstige Aussichten für den Frieden.

Wien, 27. September. Die Friedensaussichten werden hier optimistisch beurteilt. Die Sowjetdelegation die Frage des Selbstbestimmungsrechts für die Ukraine und Weißrußland nicht in die ultimativen Bedingungen für einen Präliminarfrieden einbezogen hat. Diesen zwei Punkten wird bekanntlich russischerseits besondere Wichtigkeit beigegeben.

#### Neue Erfolge der Polen.

Königsberg, 27. September. Zur Lage wird berichtet: In Galizien, östlich von Tarnopol, ist der Ausgang der Kämpfe noch unentschieden. Zum Angriff auf Rowno bereitgestellte bolschewistische Truppen wurden von den Polen abgeprengt. Im Raum östlich von Pruzhany stehen die Polen nach Einnahme von Karkuska Peresja und Koshan in einer Linie östlich der genannten Orte. Die Verfolgung der Bolschewisten nördlich des Njemen dauert an. An der litauisch-polnischen Front haben die Polen im weiteren Zurückdrängen der Litauer die Linie Wilhain-Druseniki erreicht.

#### Grodno von den Polen genommen.

Warschau, 27. September. Im polnischen Generalstabesbericht vom 26. heißt es: Nach schweren Kämpfen nahmen wir Grodno, machten zahlreiche Gefangene und erbeuteten viel Kriegsmaterial. Nördlich des Njemen verfolgen unsere Truppen die restlichen Abteilungen des Feindes. Im Abschnitt Kojanow-Wolownow wurde festgestellt, daß die Bolschewisten sich allmählich über die Flußlinie der Szara zurückziehen. Nördlich von Rowno gerieten wir in einem energischen Ausfall die 19. Samojel-Infanterie-Brigade, die die Aufgabe gehabt hatte, uns aus Rowno zu verdrängen. Deßhalb des Bruch erweitern die ukrainischen Armeen ihre Gruppierungen.

### Von Nah und Fern.

Die Ueberschwemmung in Südschweden und der Schweiz. Bern, 27. September. Infolge Ueberschwemmung ist der Bahnpfeiler Bisp-Bermatt eingestürzt. Der auf dieser Linie angerichtete Schaden geht in die Millionen. Alle Holzbrücken im Saatal sind weggerissen. Im Bermatt-Tal sind die meisten Brücken über die Bisp weggeschwemmt. Die telefonische Verbindung mit Bern wird voraussichtlich wochenlang unterbrochen bleiben. Auch die Looschberg- und die Furka-Bahn haben schwer gelitten.

Paris, 27. September. Nach einer Radiomeldung aus Lyon beträgt der durch die Ueberschwemmung hervorgerufene Schaden 50 Millionen Francs. Ein Verlust von Menschenleben ist nicht zu beklagen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Heinrich Fleißner in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Viller, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag. Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

**Hühneraugen**  
Hornhaut, Schwielen u. Warzen  
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos  
Kukirol 100000 fach bewährt  
Preis Mk. 3.—  
In Apotheken u. Drogerien erhältlich

König Salomo-Apotheke, Grimmische Strasse



Wer Eile hat  
bedenke früh,  
Erdal Schuhputz  
spart Zeit und Mühe.

**Schuhputz**  
**Erdal**

schwarz / gelb / braun / rotbraun  
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz  
Diese Broschüre umfasst 10 Seiten.















Trinkwende wegen namentlich von der Sperre in Einledelei bei Chemnitz langjährige Erfahrungen vor. Die Muldenbergssperre hat nach der Planung einen Wasserzufluss von 175 Sekundendeklitern und sie kann nach Abzug aller Verluste durch Verdunstung und Verdickung in der wärmeren Jahreszeit 435 Sekundendeklitern abgeben, die sich besonders an trockenen Tagen bis 700 steigern lassen. Ein Anschlag über die Kosten der Muldenbergssperre ist bei den ständig wechselnden Preisen des Materials und der menschlichen Arbeitskraft nicht möglich. Im Frühjahr 1914 wurden die gesamten Kosten der damals in Sachsen geplanten Talsperren auf 86 Millionen Mark amtlich veranschlagt, heute dürften sie das Zehnfache betragen.

### Deutschnationale Landtagskandidaten in Ostschlesien.

In Dresden werden die Deutschnationalen für die bevorstehende Landtagswahl im Wahlkreis Ostschlesien voraussichtlich an erster Stelle den bekannten reformierten Geistlichen Dr. Maurenbrecher aufstellen, ferner den langjährigen Abgeordneten Dowin Schmidt-Freiberger, einen Arbeiter Schuber, der sich um die Ortschaft in Sachsen verdient gemacht haben soll, weiter einen Landwirt. Auch der bisherige Abgeordnete Ziller und Fräulein Dineserger sollen noch für die ersten Stellen in Frage kommen. So wäre der ehemalige „Sozialist“ Maurenbrecher glücklich bei der schwärzesten Reaktion gelandet.

### Die demokratische Liste für die Landtagswahlen in Ostschlesien.

Die Demokratische Partei hat für den Wahlkreis Ostschlesien ihre Kandidatenliste für die Landtagswahlen aufgestellt, von der wir die ersten zwölf Namen veröffentlichen: 1. Ministerialdirektor Dr. Dähne-Dresden; 2. Kaspar Wehrmann-Groß-Schweidnitz; 3. Volkstammerabgeordneter Frau Julie Sallinger-Dresden; 4. Baumkister Göpfer-Frauenstein; 5. Volkstammerabgeordneter Stadtrat Schwager-Jittau; 6. Arbeitersekretär Berndt-Dresden; 7. Studentat Prof. Schmeider-Pirna; 8. Gemeindefretär Ubricht-Radebeul; 9. Gutsbesitzer Ringelhan-Obersdorf; 10. Gewerbeschuloberlehrer Döhler-Meißen; 11. Handlungsgehilfe Karl Schneider-Dresden; 12. Lehrer Laßig-Kamenz.

Chemnitz. Die Lage des Chemnitzer Arbeitsmarktes hat sich in der letzten Zeit weiter verschlechtert, besonders in der Metallindustrie sind Betriebsänderungen und Entlassungen an der Tagesordnung. Eine leichtere Besserung ist dagegen in der Textilindustrie wahrzunehmen.

## Reisflüge über die Agrarfrage.

1. Nur das von der kommunistischen Partei geführte städtische und industrielle Proletariat vermag die werktätigen Massen des flachen Landes vom Joch des Kapitals und des Großgrundbesitzers zu befreien, vor dem Verfall und vor imperialistischen Kriegen zu bewahren, die bei Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems stets und ständig unvermeidlich sind. Die werktätigen Massen auf dem Lande können nicht anders als im Bunde mit dem kommunistischen Proletariat, in der rücksichtslosen Unterstützung seines revolutionären Kampfes zum Sturz des Joches der Junker (Großgrundbesitzer) und der Bourgeoisie, ihre Rettung finden. Andererseits können die Industriearbeiter ihrer weltgeschichtlichen Aufgabe der Befreiung der Menschheit vom Joch des Kapitals und von Kriegen nicht nachkommen, wenn diese Arbeiter sich in den Kreis von zünftigen, engvergesellschafteten Interessen einschließen und wenn sie sich selbstzufrieden auf die Bemühungen und Verbesserungen ihrer mitunter selbstlichen — kleinbürgerlichen Lage beschränken. Aber gerade so ist es in vielen fortgeschrittenen Ländern um die „Arbeiteraristokratie“ bestellt, welche die Grundlage der angeblich sozialistischen Parteien der zweiten Internationale bildet, in Wirklichkeit aber den schlimmsten Feind des Sozialismus, seine Verräter, Kleinbürgerliche Hurrapatrioten und Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung bildet. Eine wirklich revolutionäre, eine wirklich sozialistisch handelnde Klasse ist das Proletariat nur unter der Bedingung, daß es als Vorkörper aller Werktätigen und Ausgebeuteten, als ihr Führer im Kampfe um den Sturz der Ausbeuter auftritt und handelt. Dies ist jedoch undurchführbar ohne die Uebertragung des Klassenkampfes auf das Land, ohne die Erziehung des ländlichen Proletariats durch das städtische.

2. Die werktätigen und ausgebeuteten Massen des flachen Landes, die das städtische Proletariat in den Kampf führen oder jedenfalls auf seine Seite ziehen muß, sind in den kapitalistischen Ländern durch folgende Gruppen vertreten: Erstens: Durch das landwirtschaftliche Proletariat, die Lohnarbeiter (Saison-Wander-Arbeiter und Tagelöhner), die ihren Lebensunterhalt durch Lohnarbeit in den landwirtschaftlichen und Forst-Unternehmungen finden. Die selbständige, von den übrigen Gruppen der Landbevölkerung getrennte Organisation dieser Klasse, einschließend der Forstarbeiter, Gutschmiedewerker usw. (politische wie militärische, gewerkschaftliche, genossenschaftliche Organisationen, desgleichen die Bildungswesen usw.), eine gesteigerte Propaganda und Agitation unter dieser Gruppe und das Hinüberziehen dieser Gruppe auf die Seite der Sowjetmacht und der Diktatur des Proletariats — das ist die grundlegende Aufgabe der kommunistischen Parteien in allen Ländern.

Zweitens: Durch die Halbproletariat oder die Parzellenbauern, das heißt diejenigen, die ihren Lebensunterhalt teils durch Lohnarbeit in landwirtschaftlichen, industriellen und kapitalistischen Unternehmungen und teils dadurch finden, daß sie sich auf ihrem eignen oder einem gepachteten Flecken Land abmühen, das nur einen Teil der für ihre Familie notwendigen Lebensmittel abgibt, diese Gruppe der werktätigen ländlichen Bevölkerung ist in allen kapitalistischen Ländern überaus zahlreich, ihre Erziehung und ihre besondere Lage wird aber von den Vertretern der Bourgeoisie und den zur zweiten Internationale gehörigen Sozialisten verkannt. Das geschieht zum Teil bewußt, um die Arbeiter irrezuführen, zum Teil infolge der gewöhnlichen, spießbürgerlichen Anschauungen, die diese Gruppe mit der Masse der Bauernschaft im allgemeinen verwechseln. Diese Methode der bürgerlichen Irreführung der Arbeiter ist am meisten in Deutschland und Frankreich zu beobachten, dann aber auch in Amerika und den übrigen Ländern. Bei richtiger Organisation der Arbeit der kommunistischen Partei kann diese Gruppe sichere Anhängerin der Partei werden, denn die Lage dieser Halbproletariat ist eine sehr schwere und der ihnen durch die Sowjetmacht und die Diktatur des Proletariats gewährte Vorteil ist groß und sofort wirksam.

In einigen Ländern ist die erste und zweite Gruppe nicht streng voneinander geschieden. Ihre gemeinsame Organisation ist daher unter besonderen Umständen zulässig. Drittens: Die Kleinbauern, das heißt die Landwirte, die als Eigentümer oder Pächter kleiner Grundstücke die Bedürfnisse ihrer Familie und ihrer Wirtschaft gerade decken, ohne fremde Arbeitskraft zu mieten. Diese Schicht gewinnt unbedingt durch den Sturz

des Proletariats, der ihr sofort und voll verschafft: a) Befreiung von der Zahlung des Pachzins oder eines Teils der Ernte (zum Beispiel Melagers in Frankreich, ebenso in Italien usw.) an die Großgrundbesitzer; b) Befreiung von Hypothekenschulden, Kaufschillingen; c) Befreiung von den verschiedenartigen Formen des Joches der Abhängigkeit von den Großgrundbesitzern (Wald- und Weidenbenutzung usw.); d) die sofortige Hilfe für ihre Wirtschaft durch die proletarische Staatsmacht. (Die Möglichkeit, landwirtschaftliche Geräte und einen Teil der Gebäude der durch das Proletariat enteigneten großkapitalistischen Wirtschaften zu benutzen; die sofortige Umwandlung der Konsum- und landwirtschaftlichen Genossenschaften durch die proletarische Staatsmacht aus Organisationen, die unter dem Kapitalismus am meisten den reichen und mittleren Bauern gebietet haben, in Organisationen, die in erster Linie den Armen, das heißt den Proletariern, Halbproletariern und Kleinbauern helfen usw.)

Zu gleicher Zeit muß sich die kommunistische Partei dessen bewußt sein, daß in der Uebergangszeit zum Kapitalismus zum Kommunismus, das heißt während der Dauer der Diktatur des Proletariats in dieser Schicht wenigstens zum Teil Schwankungen nach der Seite der völligen Handelsfreiheit und des freien Verfügungsrechtes über den Privatbesitz unvermeidlich sind. Denn diese Schicht, die, wenn auch nur in geringem Maße, als Verkäufer von Lebensmitteln auftritt, ist durch Spekulations- und Eigentümernegewohnheiten demokratisiert. Bei feiner proletarischer Politik, bei entschlossener Abschneidung des feigen Proletariats mit den Großgrundbesitzern und Großbauern können jedoch die Schwankungen dieser Schicht nicht bedeutend sein. Sie sind auch nicht instand, etwas an der Taille zu ändern, daß die Kleinbauern im großen und ganzen nicht Gegner der proletarischen Umwälzung sein werden.

3. Die drei obengenannten Gruppen, der ländlichen Bevölkerung zusammengenommen, bilden in allen Ländern die Mehrheit. Daher ist der Enderfolg der proletarischen Umwälzung nicht nur für die Städte, sondern auch für das flache Land gesichert. Die entgegengelegte Meinung ist weit verbreitet. Sie hält sich aber nur erstens durch den systematischen Betrug der bürgerlichen Wissenschaft und Statistik, die mit allen Mitteln den Hefen Ubergang zwischen den genannten Schichten des flachen Landes und den Ausbeutern, den Grundbesitzern und Kapitalisten, wie auch den zwischen den Halbproletariern und den Kleinbauern einerseits und den Großbauern andererseits verleiht. Zweitens hindert sie kraft des Unermügens und der Unlust der Felder der 2. Internationale und durch die imperialistischen Vorrechte der demokratisierten „Arbeiteraristokratie“, eine wirklich proletarische revolutionäre Propaganda, Agitation und Organisationsarbeit unter der ländlichen werktätigen Bevölkerung zu führen. Die gesamte Aufmerksamkeit der Opportunisten war und ist auf die Erfindung einer theoretischen und praktischen Verständigung mit der Bourgeoisie einschließend der großen und mittleren Bauernschaft gerichtet und nicht auf den revolutionären Sturz der bürgerlichen Regierung und der Bourgeoisie durch das Proletariat. Drittens hält sich diese falsche Meinung infolge eines hartnäckigen Vorurteils, das mit allen bürgerlich-demokratischen und parlamentarischen Vorurteilen zusammenhängt. Dieses Vorurteil weicht sich gegen eine Wahrheit, die durch den theoretischen Marxismus durchaus bewiesen und durch die Erfahrung der proletarischen Revolution in Rußland voll und ganz bestätigt worden ist, nämlich davon, daß mit Ausnahme der Landarbeiter, die schon jetzt zur Revolution stehen, die zerstückelte, niedergedrückte und verächtlichte, in allen, selbst den fortgeschrittenen Ländern zu halbbarbarischer Lebensunterhaltung verurteilte Landbevölkerung der obengenannten Gruppen, die wirtschaftlich sozial und kulturell am Siege des Sozialismus interessiert sind, erst dann das revolutionäre Proletariat entschieden unterstützen kann, nachdem die politische Macht durch das Proletariat erobert worden ist, nachdem mit den Großgrundbesitzern und Kapitalisten entschieden abgerechnet worden ist und nachdem jene Schichten in der Praxis sehen, daß sie einen organisierten Führer und Verteidiger haben, der mächtig genug ist, ihnen zu helfen und sie auf den richtigen Weg zu leiten.

4. Unter mittlere Bauernschaft im wirtschaftlichen Sinne sind die kleinen Landwirte zu verstehen, das heißt Eigentümer oder Pächter kleiner Grundstücke, die unter dem Kapitalismus in der Regel nicht nur der Familie und der Wirtschaft Unterhalt gewähren, sondern auch einen kleinen Ueberfluß abgeben, der wenigstens in den günstigsten Jahren imlande ist, sich in Kapital zu verwandeln; auch sind diese Landwirte häufig in der Lage, fremde Arbeitskraft zu mieten. Als Beispiel der mittleren Bauernschaft in einem fortgeschrittenen kapitalistischen Lande kann in Deutschland laut Zählung des Jahres 1907 eine Gruppe mit Wirtschaften von 5-10 Hektar Land dienen, in denen die Zahl der beschäftigten landwirtschaftlichen Lohnarbeiter etwa ein Drittel der Anzahl der Wirtschaften dieser Gruppe beträgt. In Frankreich, wo Sonderkulturen (zum Beispiel Weinbau) betrieben werden, die einen besonderen großen Aufwand von Arbeit erfordern, benutzt diese Gruppe wahrscheinlich in noch größerem Umfange fremde, gemietete Lohnarbeiter.

Das revolutionäre Proletariat kann es sich, wenigstens für die nächste Zukunft und für den Beginn der Periode der Diktatur des Proletariats, nicht zur Aufgabe machen, diese Schicht auf seine Seite zu ziehen. Es muß sich vielmehr auf die Aufgabe beschränken, sie zu neutralisieren, damit daß sie im Kampfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie der letzteren keine aktive Hilfe leistet. Das Hin- und Herhängen dieser Schicht ist unvermeidlich, und zu Beginn der neuen Epoche wird ihre vorwiegende Tendenz in den kapitalistisch entwickelten Ländern zugunsten der Bourgeoisie ausfallen; denn die Weltanschauung und die Stimmungen der Eigentümer sind überwiegend privatkapitalistisch orientiert. Das feige Proletariat wird die Lage dieser Schicht durch Aufhebung des Pachzins und der Hypothekenschulden durch Hergabe von Maschinen, Einführung der Elektrifizierung in landwirtschaftlichen Betrieben usw. verbessern. Die sofortige Aufhebung des Pachtzins und der Hypothekenschulden durch die proletarische Staatsmacht ist die Aufgabe aller aus dem Privatkapitalismus herrührenden Pflichten für diese Schicht durchzuführen. Ein jeden Fall garantiert die proletarische Macht der kleinen und mittleren Bauernschaft nicht nur, daß ihre Grundstücke ihnen erhalten bleiben, sondern daß sie auch um die gesamte bis dahin gepachtete Fläche vergrößert werden (durch Aufhebung des Pachzins).

Die Vereinnahmung von Maßnahmen dieser Art mit dem schmerzlosen Kampfe gegen die Bourgeoisie garantiert den Erfolg der Neutralisierungspolitik. Den Uebergang zum kollektiven landwirtschaftlichen Betrieb kann die proletarische Staatsmacht nur mit größter Vorsicht und allmählich, durch die Kraft des Beispiels, durch Hergabe von Maschinen, Einführung von technischen Verbesserungen (Elektrifizierung) ohne jede Gewalttat in der mittleren Bauernschaft durchzuführen.

(Schluß folgt.)

## Gewerkschaftsbewegung.

### Gescheiterte Tarifverhandlungen.

Am Sonnabend, dem 25. September, fanden in Dresden Verhandlungen zwischen der Landestarifkommission der sächsischen Gewerkschaften (Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Gau Sachsen) und dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden über die von der Gewerkschaft aufgestellten Lohnforderungen statt. Die Verhandlungen scheiterten an dem Widerstand des Arbeitgeberverbandes, der erklärte, keinerlei Lohnserhöhung bewilligen zu können. Trotzdem von uns in ausführlicher Weise auf die Notlage der Arbeiterchaft hingewiesen wurde, trotzdem wir bewiesen, daß die heutigen Löhne nicht ausreichen, um nur die notwendigen Lebensbedürfnisse decken zu können, vertrat der Arbeitgeberverband den Standpunkt, daß eine Berechtigung für die Lohnforderung nicht vorliege. Auch unter Hinweis darauf, daß die Arbeiterchaft für diese Stellung des Arbeitgeberverbandes kein Verständnis habe, daß vielmehr die Ablehnung der Forderung als Provokation angesehen werden würde, nützte nichts. Der Arbeitgeberverband war zu einem Entgegenkommen nicht zu bewegen. Durch diese Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes ist die Gefahr eines Kleinen Kampfes für Sachsen heraufbeschworen worden, wenn die Stadtverwaltungen nicht einträglich für als der Arbeitgeberverband. Die städtische Arbeiterchaft Leipzigs wird am Dienstag, dem 28. September, entscheiden müssen, welche Schritte sie zu unternehmen gedenkt, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Ortsverwaltung Leipzig.

### Aus Straßenbahnerkreisen.

Der Abschluß, die Durchführung und Einhaltung von Tarifverträgen birgt für alle Beteiligten, für Unternehmer wie für Arbeiter, einen Koalitionszwang in sich. Diesem Zwange verbanken die Buschdruer, die Bau- sowie die andern Berufsarbeiter ihre guten, starken Tarifverhältnisse. In diesen Berufen ist einheitlicher Organisationszwang Vorbedingung und schon seit langen Jahren eine Selbstverständlichkeit.

Unsere Straßenbahnerorganisation, die erst nach der Revolution eine einheitliche wurde, weist in dieser Beziehung noch Lücken auf, die dem ganzen Berufe gefährlich werden können. Trotzdem die beiden Tarifkontrahenten einen Sondervertrag vereinbart haben, der den Unternehmern ausbleibt, tunlichst dahin zu wirken, daß nur Mitglieder der vertragsschließenden Gewerkschaften als Arbeiter und Angehörige beschäftigt werden, wobei die unter den Gewerkschaften geltenden Uebertrittsbestimmungen zu beachten sind, finden sich immer wieder in unserm Berufe auch Kollegen, die unsere einheitliche Organisation stören und zu Sprengen versuchen. In einigen Fällen sind es die hohen Beiträge, die von den freien Gewerkschaften erhoben werden, in andern Fällen ist es die Sehnsucht nach der in früheren Jahren in unserm Berufe üblichen Liebesdemerei und Speicheldeerei; in andern Fällen sind es die Unternehmern und deren Helfershelfer, die die Ursache zur Lockerung der Organisation bieten. Unsere Kollegen und hauptsächlich die Betriebsräte müssen auf der Hut sein, indem sie jede Quertreiberei, mit der versucht wird, unsere Reihen zu lockern, strikte zurückweisen, wobei alle zu Gebote stehenden Mittel so lange angewendet werden müssen, bis diese Kinderkrankheit überwunden ist. Unsere Einheitsorganisation ist der Grundstock des Tarifverhältnisses, und wer ein Feind dieser Organisation ist, der ist auch ein Gegner unserer geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Er ist ein Schädling des Tarifwesens und des Gemeinwohls, der erst zu einem gewissenhaften Gewerkschafter erzogen und, wenn dieses nicht möglich, auch aus unsern Reihen entfernt werden muß. Kein ernstlich gewerkschaftlich organisierte Arbeiter kann es uns übel nehmen, wenn auch wir Straßenbahner in Zukunft jedes Zusammenarbeiten mit diesen Schmarotzern und Organisationszerstörern rundweg ablehnen.

Mehrere sächsische Straßenbahner.

### Beröffentlichung der allgemeinen Verbindlichkeit von Tarifverträgen im Reichsarbeitsblatt.

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Auf Grund der Verordnung vom 31. Mai 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 1128) betr. die Änderung des Abschnitts I der Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1456) hat der Reichsarbeitsminister am 8. September 1920 Bestimmungen erlassen, welche die Veröffentlichung der auf die allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen beschlagnahmten Bekanntmachungen im Reichsarbeitsblatt betreffen. Hiernach sind alle auf die allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen beschlagnahmten Bekanntmachungen vom 1. Oktober 1920 ab im Reichsarbeitsblatt zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung, die bisher im Deutschen Reichsanzeiger geschah, fällt also von diesem Tage an weg. Die Bekanntmachungen werden möglichst in Tabellenform erfolgen. Für die Kosten der Veröffentlichung haben die an dem Tarifvertrage als Vertragspartei Beteiligten als Gesamtschuldner. Sind am Vertragsabschluss Unterverbände beteiligt, so haben die Gesamtverbände für die Kosten. Im Verhältnis zueinander tragen die auf Arbeitgeberseite und die auf Arbeitnehmerseite als Vertragspartei Beteiligten je die Hälfte der Kosten. Sind auf einer Seite mehrere Arbeitgeber oder Vereinigungen von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern beteiligt, so tragen sie die auf ihre Seite entfallende Kostenanteile auf gleichen Teilen. Abweichende Vereinbarungen der Beteiligten über die Kostentragung ist zulässig.

Der Streit auf den oberösterreichischen Elektrizitätswerken ist nach langwierigen Verhandlungen am Montag beigelegt worden. Den Arbeitern wird ein Raktoselbstzuschuß bewilligt und zwar erhalten Ledige unter 18 Jahren 75 Mk., über 18 Jahren 200 Mk., Familien mit drei Köpfen 300 Mk. und für jeden weiteren Kopf 75 Mk. bis zur Höchstgrenze von 600 Mk. Streikschlichter werden nicht bezahlt.

### Briefkasten der Redaktion.

- N. 47. 1. Wenn die Restsumme ausgelagert ist, muß sie bezahlt werden. 2. Ja! 3. Ja! 4. Nur wenn es sich um noch nicht ausgelagerte Akteurenhandlungen handelt. Sie schreiben ja aber selbst, daß im Jahre 1900 ein Urteil gefällt ist.
- N. 48. 1. Soweit der unändere Teil des Lohnes bei Schuldner mit unterhaltungsbedürftigen Angehörigen die Summe von 9000 Mark und bei Ledigen von 6000 Mark übersteigt, unterliegt nach dem Gesetz, das am 1. Oktober 1920 in Kraft tritt, die Pfändung keinerlei Beschränkung. 2. Ein Gütertrennungsvertrag ist gerichtlich oder notariell zu schließen. Damit der Vertrag Dritten gegenüber wirksam ist, muß auch der Antrag um Eintragung in das Güterrechtsregister gestellt werden. 2 Mark Parteikasse.
- N. 49. 102. Die Zentralstelle zur Befämpfung der Schwindelfirmen befindet sich in Lübeck, Parade 1. 1 Mark Parteikasse.
- N. 50. Auf Löhning haben Sie keinen Anspruch, und die andern Dinge erhalten Sie, wenn Sie rechtzeitig den Antrag gestellt haben. Soldat sind Sie selbstverständlich nicht mehr. 1 Mark Parteikasse.
- N. 51. Stellen Sie einen Antrag an das Versicherungsamt zu Leipzig. 1 Mark Parteikasse.

Schleussig **Lichtspiele** Schleussig  
— Wegen riesigen Erfolges bleibt der —  
**Kindesraub im Zirkus Buffalo**  
der Film der Sensationen  
noch weitere 3 Tage auf dem Programm  
bis **Donnerstag, den 30. September.**  
Ab Freitag  
**Harry Piel .v. Zirkus Barre**

**LUNA-Lichtspiele**  
Lu-Li Leipzig-Eutritzsch  
Schneebergstr.  
Von Dienstag, den 28., bis Donnerstag, den 30. Sept.  
**Leontine Kühnberg-Monumental-Film**  
**Die silberne Fessel. 6 Akte.**  
Ein Filmspiel von Leidenschaft und Treue  
und **Die Geschwister Morelli.**  
Sensations- und Abenteuer-Drama in 5 Akten.  
**Patentanwaltsbüro Sack,**  
Leipzig, Brühl 2.

**Weisse Wand**  
**FERNANDRA**  
**E Gebannt und erlöst**  
Die Geschichte einer verrirrten  
6 Akte! Menschenseele. 6 Akte!  
Dazu:  
**N Die Herrin der Welt. vi. Teil**  
**Abonnenten** berüchtigt bei Euren Einkäufen die  
Inszerenten der Leipziger Volkszeitung.

**Umgepreßt**  
werden Herren- und  
Damen-Hüte bei  
Richard Schulze  
Pl. Merseburg-Str.,  
Ede Kurlenstraße.  
**Umpressen**  
von Damen- u. Herrenhüten  
in 8 Tagen  
Gefärbt wird in allen Farben  
**Breite Strasse 12.**



## Zülinger und seine Zucht.

Von Konrad Poete.

Zeichnungen von Hans Albert Förster.

Unterdesseu legte sich Heilwig in dem zweiten der gleich eingerichteten Zimmer in das erheuchelte Wochenbett. Zülinger hatte ihr vorher ein großes Wattenbündel gezeigt, n dem eine junge Kage leise wimmerte. Das sei ihr und Archibalds Kind, hatte er feierlich versichert. Dann gab er in, die Vertauschung mit dem Kind der Erasmutter vorzunehmen zu haben.

Januschalk kam froh erregt herbeigeführt. „Beim Donner, ein strammer Junge! Guten Tag, Frucht meiner Lenden! Guten Morgen, du nach mir, Großjunke! Heil und Sieg!“

„Ein wahrer Riesensohn!“ sagte Zülinger als Hebamme mit gut nachgemachter Altwelberstimme.

„Halten Sie Ihren Schlund, Person!“

Januschalk besichtigte das Wunderkind genauer.

„Komisch; warum ist es denn nicht blond und blauäugig wie ich und wie du, Heilwig?“

„Das wird noch! Das ist bei kleinen Kindern so!“ versicherte Zülinger; aber Heilwig erschrak.

„Nun, so wollen wir denn die Gäste zur Geburtstagsfeier laden!“ sagte Januschalk.

Fernsprüche ergingen, Autos kamen gefahren, der Brunsaal des Schlosses füllte sich mit erlauchtesten Oberdeutschen. Die drei Reichsverweier nahmen an den abgestumpften Ecken des sehr großen dreieckigen Tisches Platz; je von tiefen Spitzen aus liefen die Reihen der Ehrensessel für die geistlichen, die geldlichen und die junkerlichen Würdenträger. Knobbe sah zur Rechten Krappes, wie ihm das zukam.

Hochrufe brandeten, mit schrilltem Geulzer zerkirrten Reichsgläser, fünfzig Posaunen spielten Triumphmärsche aus. Ein Jungfrauenchor ließ Lobgesänge erschallen. Dann und wann öffneten sich die vergoldeten Lider eines in der Decke eingelassenen dreieckigen Auges, ein regenbogenfarbiger Lichtkegel fiel über die erhabenen Köpfe und eine wohlklingende Bassstimme aus der Höhe sprach:

„Waterland, du heilige Dreieinigkei!“

Und jedesmal erschallten lautmäßig von den drei Tischen die Zurufe:

„Von Gott!“ „Von Geld!“ „Von Großgrundbesitz!“

Die Stimme aus der Höhe sprach weiter:

„Oberdeutschland in Ewigkeit!“

Und die geistlichen, die geldlichen und die junkerlichen Würdenträger endigten den weisevollen Kanon:

„Gottvertrau'n!“ „Gut Geschäft!“ „Kraft und Hitzel!“

Danach zischten die Flaschen, und der Wein durchströkte die Reihlen.

„Hoch lebe der Sproß unseres geliebten Januschalk!“ rief Krappe zum zehntenmal. Der glückliche Vater winkte, ein Diener sprang eilends, in der Deckung einer Pfeilspitze erschien Zülinger mit dem Kinde. Er schätzte unter seiner Last, aber sein Herz hüpfte vor Haß und Freude. Das Jubelgetöse, von dem die Wände erbeben, erlaubte ihm, seine Meinung laut zu sagen:

„Ihr Däsen! Ihr vollgeöffnen Bullen! Hier steht der kleine Zülinger, der Löwe, der euch verschlingen wird.“

„Diese Hebamme erinnert mich an jemanden,“ dachte Knobbe, der sich ungewöhnlich nüchtern erhalten hatte.

Das Kind schrie durchdringend. Januschalk winkte wieder, und die silberbeschlagenen, gotisch verzierten Ebenholzfügel der Tür flogen ins Schloß.



Die Spuddrachen unflätigster Betrunkener stiegen aus Weindunst auf, weigten ihre Schnäbel am Rande kostbarer Trinkgefäße, schlugen ihre schleimiggrauen Flughäute in meingerötete Gesichter und rissen mit langen Krallen das Mark aus feisten Nacken heraus.

Da freiste der Saal, Männer sanken wie leere Säcke in sich zusammen, schwere Stühle schaukelten wie Kähne. Der Vorstand des Bevölkerungsamtes Vogelmann versuchte noch eine Rede zu halten, aber seine Worte ertranken im Sumpfe wüßtester Geilheit.

Plötzlich fiel mit hartem Aufschlag Krappes Kopf auf den Tisch. Darauf hate Knobbe schon lange gewartet. Er zog voll Hinterlist die mit schleimigem Verblödungsgift gefüllte Spritze aus der Westentasche. Und während er sich scheinbar bemühte, den Großgebidtschastverweier liebreich aufzurichten, stach er ihm die Spitze des verderblichen Instruments ins Sitzfleisch.

„So!“ Ein langsamer Drud, Krappe zuckte ein wenig und murmelte mit süßem Gesicht: „Laß doch, Schächgen! Zwide mich nicht, mein Mäuschen.“

Knobbe zog nach vollbrachter Untat die Hand zurück; dabei sah er sich verstocken um. Es war niemandem eingefallen, ihn zu beobachten. Aber halt; dort hinter dem Vorhang verschwand etwas.

„Sollte das nicht die widerliche Schnauze meines Misttates Zülinger gewesen sein?“

Wie ein Blitz zuckte und verlösch dieser Gedanke in Knobbes erregtem Gemüt.

Die Feier dauerte drei Tage, gerade bis zum Weihnachtsabend. Dann wurde der Zeitpunkt für die Taufe des Kindes festgesetzt, die unter Heranziehung der oberdeutschen Weiblichkeit eine ganze Woche in Anspruch nehmen sollte, und die glänzende Gesellschaft fuhr nach allen Himmelsrichtungen davon.

Zülinger benutzte die Unruhe des allgemeinen Aufbruches, um sich mit Hera gleichfalls davonzumachen. Heilwig hatte sich nunmehr eine andre Pflegerin besorgt, und so gab sich Zülinger der trügerischen Hoffnung hin, die Rundreise durch die Zuchtwerke noch zur rechten Zeit vollenden zu können.

(Fortsetzung folgt.)

## Bildende Kunst.

Der Leipziger Kunstverein beginnt sein neues Vereinsjahr mit einer Gedächtnisausstellung zu Ehren Max Klingers in seinen Räumen im städtischen Museum. In der Eröffnungsrede kam nach den selbstverständlichen Verbeugungen vor dem Leipziger Nationalheros auch wieder die schwierige Lage, in der sich dieses Unternehmen befindet, zur Sprache. Die Heraushebung des Jahresbeitrags hat dem Verein die Sympathien einer großen Zahl seiner Mitglieder verschert, solcher wohl hauptsächlich, die eine — in diesem Falle einmal lobenswerte — Tradition bisher bei ihm sieht. Nun steht wieder die Geldnot vor der Tür. Und das ist entsetzlich vom realpolitischen Standpunkt aus zu bedauern. Denn es wird bei dem jetzigen Entwicklungstempo noch lange dauern, bis die Stadt in der Lage sein wird, einen Ersatz für dies Privatunternehmen zu stellen, wie es zu erstreben ist. Denn eins steht fest: Das Museum mit seinem Gezümpel an minderwertigen Produkten genügt den künstlerischen Bedürfnissen der Leipziger Bevölkerung nicht, oder sollte es doch wenigstens nicht. Bedauerlicherweise bestimmt aber ein solches Museum gewöhnlich den künstlerischen Geisteszustand einer Stadt. Und hier hat der Kunstverein bisher wenigstens einigermaßen ausgeholfen. Seine Ausstellungen haben vor allem, was dringender nötig war, die jüngere und jüngste Kunst zu Worte kommen lassen. Einem Museum — der Begriff schließt schon den Konservatismus ein — ist dies überhaupt nur schwer möglich. Wechselausstellungen sind eine viel ökonomischere Lösung des Problems, in Dingen der bildenden Kunst stets auf der Höhe der Zeit zu sein, als Dauerausstellungen die, wie etwa die Berliner und Münchner Museen, unendliche Summen verschlingen und ihre Schätze einem viel geringeren Kreis von Besuchern darbieten.

Dah der Kunstverein als ein bürgerliches Unternehmen natürlich auch seine konservative Seite haben muß, leuchtet ein. Ein Beispiel ist dafür der Kult, der mit den beherrschend anerkannten Größen getrieben wird, wie z. B. Max Klinger, Professor. Man mag, wenn man einen liberale Blick über sein Schaffen bekommt, wie ihn die Ausstellung wohl zu bieten vermag, staunen über das vielseitige Können dieses Mannes. Aber man wird den Gedanken nicht los: Einer von den bürgerlichen Idealisten, die sich in ein Traumland flüchten und dort mit einem Gitter umgeben, um die Kämpfe und Kämpfe ihrer Zeit nicht zu sehen. Die Erhabenheit unserer Zeit liegt nicht mehr in der monumentalen Geste, sondern in ihrer Kraft, die, an vielen Ecken und Kanten gebrochen, doch immer wieder gerade aus den Tiefen und Nöten unseres Lebens hervorbricht. Dies anzuerkennen, heißt den Konservatismus auch in der Kunst bekämpfen, auch hier revolutionär sein.

Die Leipziger Jahresausstellung bildender Kunst. Die Dia zeigt neben vielem bedadenten Stammeln, das, um irgendwo unterzukommen, sich in die jüngste Kunst einschmuggelt, manches Kraftvolle, das Bestand haben wird. Erwähnt sei hier nur Ernst Barlach mit seinen Gestalten, die bis zum Neupferstein erfüllt sind von wirklichem, nicht durch die siebende rosa Brille des Akademikers geseheneu Leben. Rüdiger Bezler mit seinen prachtvollen Welten ungeborener Farben, die mit den fäulteren, aber ebenso kraftstrotzenden Otto Langes wetteifern, Schmidt-Rohlf, der in seine langigen Zeichnungen eine Fülle unergorener Menschlichkeit einzwängt, und der große Franzose Rodin, der zeigt, daß es in Frankreich selbst für anerkannte Größen möglich ist, der ästhetisierenden Konvention zu entgehen. Felix Weiffer, Max Klinger und einige Kleinere bieten das deutsche Gegenbeispiel hierzu.

Gegen Schmutz und Schund. Es ist an dieser Stelle schon verschiedentlich über den Kampf berichtet worden, den die Jugendbewegung gegen die Auswüchse unserer Zeit auf sich genommen hat. Wenn auch immer wieder zu betonen ist, daß ein Kampf gegen eine derartige Teilercheinung unseres Kulturorgans ausichtslos ist, solange nicht in diesem Gange die entscheidende Veränderung sich vollzogen hat, so kann man doch der Jugend, soweit sie die Schranken ihrer bürgerlichen Gedundenheit gesprengt hat und „allgemein menschliche“ Werte zu proklamieren wagt, die Achtung und Sympathie nicht versagen. Besonders wenn sie den Irrweg vermeidet, sich aus der tatsächlichen Welt, die sie nicht bestridigt, in eine schöne, gerühige Traumwelt zu flüchten. Wer heute mitarbeiten will, der muß mitten drin stehen im wertvollen Leben des Tages mit all seinen Härten und Unausgeglichenheiten. Daß diese Erkenntnis einen Teil der Jugend zu durchdringen beginnt, beweist die Arbeit, die das Rheinlandhaus, Walter Tich, unternommen hat. Die von ihm veranstaltete Ausstellung neuer deutscher Künstler und Kunsthandwerker zeigt, daß das Anknüpfen bei den einfachen, volkstümlichen Formen der Kunst die besten Möglichkeiten für eine neue volkstümliche Kunst bietet. Ihre Kunstindustrie ist ja weit davon entfernt, dies Ziel zu verfolgen. Die Schichten, für die sie arbeitet, verlangen ganz andres von ihr. Die Jugendbewegung mag es also als ihre Aufgabe betrachten, diesen Formenschatz wieder zu entdecken und zu bewahren, bis der Augenblick kommt, in dem unser Volk in der Lage ist, ihn zu verwerten. Hoffentlich ist es bis dahin nicht mehr weit.

## Kleine Chronik.

Ueberblick zu gewinnen, ist für alle, welche unser Zeitalter in seiner ganzen Bedeutung erkennen wollen, höchst notwendig angefaßt der erdrückende Fülle von Einzeltsachen, die der Tag auf uns niederprasseln läßt. Ueberblick; das bedeutet Urteilsfähigkeit den Einzelheiten gegenüber, Klarheit darüber, wo der die Trennungstrieb zwischen ausbeutender und ausgebeuteter Klasse verläuft (welchen nebenbei gesagt nicht das Proletariat gegeben hat, wie leghin ein bürgerlicher Redner behauptete, sondern eben jene Klasse, die ihren ganzen Besitzstand jeder Art angestrich vor den Forderungen der entrechteten Lohnarbeiterschaft absperrt). Das bedeutet letzten Endes, kurz gesagt, Klassenbewußtsein! Wer setzt auf diesem Boden steht, der weiß aus seiner marxistischen Ueberzeugung her, daß alle Kultur bestimmten Klasseninteressen dient (solange, als es Klassen gibt). Darum weiß ein solcher: Halt, Vorsicht bei allem, was von dort kommt, auch und gerade dann, wenn es — preisend mit viel schönen Reden — angeboten wird. (Z. B. Volkshochschule und dergl.) Man wird dem von der bürgerlichen Seite vielfach das dumme Schlußwort „Kunstpolitik“ entgegen. Was nur das Unvermögen beweist, die tieferen weltanschaulichen Grundlagen des proletarischen Bewußtseins zu erkennen. Dabei bringt jeder Tag neue Zeugnisse dafür, wie die Kunst ausschließlich im Klasseninteresse ausgebildet wird. Auch die Musik, vielleicht am unausdringlichsten, aber darum nicht weniger gefährlich. Eine Vortragsfolge von Webern, wie die des dänischen Tenors Paul Madsen, erzeuht in ihrer Weichlichkeit einen Stimmungsbußel, der das aufgeschwemmte Gefühlleben der Bürger in wollüstigen Rausch versetzt und damit das Schöne, das Künstlerische zu einem Alkohol-Ersatz erniedrigt. Und gerade Brahms, der neben den Neumodernisten Hugo Wolf und Richard Strauß zu Wort kam, ist im Grunde seines Wesens doch zu fernig, als daß er so ausgebeutet werden kann. Die drei Violin-Sonaten, von den Herren Hansmann und Springfeld mit reifem technischen Können vorgetragen, gaben von diesem echten Brahms viel mehr. Aber nicht alles! Gerade die herrliche A-Dur-Sonate Werk 100, die ich schon früher einmal wegen ihrer schlichten, innigen Weisen zur Wiedergabe in proletarischen Konzerten empfahl, kam allzu trodenen Tones heraus. — Höchst loblich (bis auf den üblen Gebrauch des verpödeten Beglannes) gestaltete sich das Konzert des Arbeiter-Schwimmvereins im Volkshaus. Die vom A. B. J. feinsinnig gestellte Vortragsfolge und ihre Ausföhrung durch das Streichquartett Schüße-Lange-Vinber-Winigen, durch die Sängerin Frau Lehmann-Högel (begleitet durch Herrn Moritz) und durch die Tanzschüler des Fräulein Schölsinger waren auf gleicher, ansehnlicher Höhe. Wöchlen doch alle Veranstaltungen des Proletariats gleichermäßen würdig und künstlerisch vollwertig sein! Dann wird es mit der geistigen Aufwärtsbewegung tüchtig vorwärts gehen, dann wird der richtige Boden geschaffen werden, auf dem einst die sozialistische Kultur erblühen soll!

Operettentheater (Der Kodelzeigener). Man kann der Musik des Tschechen Snaga einen gewissen Reiz nicht absprechen. Es ist der Reiz, den das nationale slavische Element in der Musik immer wieder auf unser Ohr ausübt. Der Text der Operette wandelt das charakteristische Motiv: „Das Geld geht über alles, selbst über die Liebe“ in den verschiedensten Variationen ab, wobei unter Liebe natürlich die echte Operettenliebe (auf den ersten Blick usw.) zu verstehen ist. Die Verbindung dieser Musik mit diesem Text gibt natürlich dem Stück ein etwas eigenartiges Gewicht, dessen Rüge nachzumachen in der Neueinföhrung etwas manneshaft gelungen ist. Immerhin freut man sich, wenn man in der Operette einmal ausnahmsweise singen hört. Dafür sei Eua Döhle und Edmund Burtz (Banda und alter Zigeuner, leider nur eine kleine Rolle) die schulbige Anerkennung ausgesprochen.

3. Proletarischer Freibdenkerabend. Genosse Karl Weich sprach über das Thema: Philosophie und Sozialdemokratie. Er knüpfte an Lassalles Wort an, daß die Wissenschaft das Gemeingut des Volkes werden müsse, und kennzeichnete den Drang zur Erkenntnis, der vor allem bei Arbeiterklasse befaßt. Dieses Drange komme aber die oft unverständliche Ausdrucksweise vieler sogenannten Philosophen nicht gerade entgegen. Es müsse als gemeinverständliche Ausdrucksweise der Gelehrten gefordert werden. Eine andere Frage sei, ob die Philosophie auf die sogenannten Daseinsfragen überhaupt eine Antwort geben könne. Dies sei der Naturwissenschaft vorbehalten. Der Referent stellte fest, daß in der Tat mit Hilfe der exakten Naturwissenschaften vieles, was man früher als jenseits unserer Erkenntnis liegend betrachtete, mit der Zeit sich uns enträtselt habe, und daß bei der verhältnismäßig kurzen Zeit der Menschheitsentwicklung doch mit Sicherheit darauf gerechnet werden könne, daß die Wissenschaft nicht still stehe, sondern weitere Erkenntnisse zutage fördern werde. Nun lauten allerdings die bürgerlichen Philosophen — und die Diskussion bekräftigte dies —, daß man bei aller exakten Forschung auch mit den feinsten Instrumenten doch eines Tages an einen Punkt kommen müsse, wo man nicht weiterkomme, und wo man sich frage: Was soll das Ganze? Woher dies alles? und wo die Frage nach Gott auftauche. Aber das sei ja gerade das Zeichen der bürgerlichen Denkwelse, daß sie über die Grenzen des ichtigen naturwissenschaftlichen Erkennens hinaus nach „absoluten Wahrheiten“ suche, wobei sie mit Naturnotwendigkeit auf ein höheres Wesen und eine göttliche Weltordnung zukommen müsse, was allerdings der bürgerlichen Gesellschaftsordnung so recht in den Kram passe, indem dadurch auch die Geisteswissenschaften in den Dienst der bestehenden Gesellschaftsordnung gepreßt werden könnten. Daher auch der Widerwille breiter Massen gegen diese Ausbeutung der Philosophie. Es sei letzten Endes die Frage nach den Grenzen des menschlichen Erkennens. Der bürgerliche Denker sage: Unser Wissen ist Stückwerk, ist begrenzt, wir können nie die Rätsel der Natur lösen. Der proletarische Denker sage: Das menschliche Erkennen ist unbegrenzt. Es wird sich steigern mit dem Fortschritt der Menschheit. Aber weil das menschliche Erkennen selbst nur ein Teil der unbegrenzten Natur ist, so ist es sinnlos, über die Grenzen der Natur hinauszugehen zu wollen. Dies entspricht nicht der proletarischen Weltanschauung, die seit an der Erde haftet und, in der Form der materialistischen Geschichtsauffassung praktisch angewendet, nicht, wie die Philosophie bis dato, zu einer Stille der alten Gesellschaft, sondern zu einem Hebel des Fortschritts wird.

Wo die Diskussion eine gewisse Höhe zu halten suchte, wie in den Ausführungen eines Oberlehrers, da kam eben jener typisch bürgerliche Geist zum Vorschein, den der Referent so treffend gekennzeichnet hatte. Daneben wurde die alte Praktik geübt, die abgrundtiefen Gegenätze, die zwischen Proletariat und Bourgeoisie klaffen, zu überbrücken. Das „Koll“ als „unlösbar vertetete Schicksalsgemeinschaft“ legt man der proletarischen Auffassung der Klassen entgegen, indem man nichts weiter tut, als gefühlsmäßig den Trennungstrieb, den wir zwischen den Klassen un gezogen denken, zwischen die Bürger stellt. Damit verwickelt man die politische und wirtschaftliche Situation, indem man immer wieder ein nationales Problem an die Stelle des sozialen setzt.







